

Wege aus dem Preischaos

Preisbildung, ökonomisches Gleichgewicht und soziale Gerechtigkeit

Vom 8. – 10. November dieses Jahres fand im Rudolf Steiner Haus Frankfurt/M ein Seminar des Instituts für soziale Gegenwartsfragen unter dem oben stehenden Titel statt. Wie schon in den beiden vergangenen Jahren ging es um die heutige Aktualität und methodische Fruchtbarkeit von Nationalökonomischem Kurs und Philosophie der Freiheit von R. Steiner und ihre Beziehung zueinander. Es handelt sich bei dem folgenden Text um die von Christoph Strawe besorgte Zusammenfassung von Vorträgen, die Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl und er selbst bei diesem Seminar gehalten haben.

Von der Philosophie der Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs:

Die Suche nach sozialer Gerechtigkeit – Motive und Triebfedern

Christoph Strawe

I. Zur Geschichte des Ringens um soziale Gerechtigkeit

Wer Lexika wälzt, wird viele intelligente Definitionen von sozialer Gerechtigkeit finden, mit denen man sich mit Gewinn auseinandersetzen kann. Wir finden eine Fülle unterschiedlicher Anschauungen. Einige sehen für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit den Staat in der Pflicht, einen positiven Zustand

des allgemeinen Wohls herzustellen, andere betonen die Chancengerechtigkeit als Kriterium einer gerechten Gesellschaft. Letztlich stimmen aber alle darin überein, dass soziale Gerechtigkeit ein Ideal, einen Wert, darstellt. Es geht also um eine klassische, ethische Fragestellung, um eine Sollensforderung, der entsprochen werden soll. Gerechtigkeit kann zwar auch als eine individuelle Tugend aufgefasst werden, primär aber sieht man sie heute als eine „Tugend sozialer Institutionen“, wie es John Rawls formulierte.

In Bezug auf die historischen Epochen zeigen sich große Unterschiede im Gerechtigkeitsempfinden. Frühere Zeiten nahmen Ungleichheit als naturgegeben bzw. gottgewollt hin. Noch Aristoteles galt die Sklaverei als etwas Normales und Gerechtes. Erst in der Gegenwart rücken Gerechtigkeit und Gleichheit inhaltlich nahe zusammen. Auch hat sich der Gerechtigkeitsbegriff immer mehr ausgeweitet: Wir sprechen heute von globaler Gerechtigkeit, von Generationengerechtigkeit, von der Gerechtigkeit gegenüber Tieren usw.

Je weiter wir in der Geschichte zurückgehen, umso mehr finden wir den Gerechtigkeitsgedanken noch losgelöst vom Gleichheitsgedanken. Die Überschneidung von Gleichheits- und Gerechtigkeitsgedanke entfaltet erst in der Neuzeit die enorme Stoßkraft, die wir heute kennen. In den alten Zeiten wird Gerechtigkeit eher als etwas empfunden, was von den Herrschenden im Sinne der göttlichen Ordnung einzufordern ist. Es gibt das Bild des gerechten Herrschers, aber noch nicht die Forderung des Einzelnen auf gleiche Rechte und umfassende Teilhabe. Bei den Propheten im alten Israel etwa finden wir viele Aussagen, in denen Gerechtigkeit angemahnt wird, aber immer in dem Sinne, dass gesagt wird: Die Reichen, die Eliten verstoßen gegen Gottes Gesetz und dagegen müssen wir anpredigen: Wehe denen, die den Witwen und Waisen ihre Rechte verwehren, das Volk unterdrücken und ausbeuten.

Griechenland und Rom, Mittelalter

Mit Blick auf Griechenland und Rom können wir sehen, wie die hierarchische Starrheit der Gesellschaft aufzuweichen beginnt. Jetzt hat man das Gefühl, dass ohne den gesetzgeberischen Eingriff bestimmter Menschen die Gerechtigkeit gestört, ja zerstört wird. Ein Lykurg in Sparta, ein Solon in Athen treten auf. Eindrucksvoll beschrieb Friedrich Schiller¹, wie sich zerstörerische soziale Gegensätze entwickelt hatten und wie durch die Gesetzgebung ein Zustand sozialer Balance wiederhergestellt wurde: „Die reichen Bürger tyrannisierten die armen und die Verzweiflung der letzteren äußerte sich in Empörung“. Lykurg erließ die Anordnung, das „ganze Land in gleichen Teilen unter den Bürgern zu verteilen und den Unterschied zwischen den Reichen und Armen auf immerdar aufzuheben“. Das erste, womit Solon „sein Werk eröffnete, war das berühmte Edikt [...], wodurch

¹ Friedrich Schiller: Die Gesetzgebung des Lykurg und des Solon (1790), zit. nach Kreiß, Christian: Profitwahn. Marburg 2013, S. 31–33.

alle Schulden aufgehoben und zugleich verboten wurde, dass künftig einer dem anderen auf seinen Leib etwas leihen durfte.“ Man sieht, welche Bedeutung damals schon die Boden- und die Geldfrage für den sozialen Frieden hatte.

Wer als erster sehr bewusst die Frage nach Gerechtigkeit reflektiert, ist Aristoteles (384 bis 322 v. Chr.). Dabei bezieht er auch – was für diese Zeit gewiss keine Selbstverständlichkeit ist – Wirtschaftsfragen mit ein. Er unterscheidet zwischen der *Ökonomia* (der Hauswirtschaft) und der *Chremastia* (dem Gelderwerb).

Wie geschieht das? In seiner sogenannten „Nikomachischen Ethik“ entwickelt er eine Tugendlehre, in deren Zusammenhang er zwischen Verstandestugenden und ethisch-charakterlichen Tugenden unterscheidet, die er jeweils als ein Mittleres zwischen Extremen auffasst. Der Mut z.B. ist ein Mittleres zwischen Feigheit und Tollkühnheit. Das höchste Gut ist die Glückseligkeit, wahre Glückseligkeit aber ist eine Frucht der Tugend und Tugend in vollkommener Ausprägung ist die Gerechtigkeit. Aristoteles fasst diesen Begriff nicht nur allgemein, sondern unterscheidet in Bezug auf konkrete zwischenmenschliche Beziehungen darüber hinaus die „austeilende“ und die „ausgleichende Gerechtigkeit“. Zuteilungen des Staates an die Bürger nach Anspruch, Würde, Verdienst usw. fallen unter die erste Rubrik. Bei der zweiten handelt es sich um Rechtsbeziehungen auf der gleichen Ebene. Hierbei ergeben sich wieder zwei Unterbegriffe: die austauschende und die regulative bzw. korrigierende Gerechtigkeit. Letztere finden wir in der Justiz, wenn der Richter durch sein Urteil wieder Gerechtigkeit herstellt, wenn jemandem durch ein Verbrechen Unrecht widerfahren ist.

Für das Thema Preisbildung ist die Kategorie der austauschenden Gerechtigkeit (später *justitia commutativa* genannt) entscheidend. Um diese geht es beim Kauf und Verkauf von Waren und Leistungen. Was ist der gerechte Preis (das *justum pretium*)? Der Preis ist dann gerecht, wenn Leistung und Gegenleistung im Lot sind, wenn gleicher Arbeitsaufwand sich im Preis entsprechend niederschlägt: „Tagwerk“ gegen „Tagwerk“ bietet sich hierfür als einfachste Formel an. Die Forderung nach dem gerechten Preis, wie sie bei Aristoteles auftaucht, wurde von der Scholastik aufgegriffen und hat über Thoma von Aquino in die katholische Soziallehre Eingang gefunden.

Im Römischen Imperium verselbstständigt sich die Rechtssphäre weitgehend. Es entsteht ein ausgefeiltes Eigentumsrecht. Politisch-rechtliche Institutionen entwickeln sich. Der Eigenwille der Menschen kommt stärker zur Geltung. Daraus ergeben sich auch entsprechende Sozialkonflikte. Benachteiligungen werden nicht mehr hingenommen. Man denke an den Ständekonflikt zwischen Patriziern und Plebejern, dem alten Adel und dem gemeinen Volk (nicht zu verwechseln mit den gänzlich rechtlosen Sklaven), der zu einem jahrhundertelangen Ringen führt. Zweimal kommt es zu einem regelrechten Streik der Plebs (*secessio plebis*). Schließlich, 287 v. Chr., wird durchgesetzt, dass Beschlüsse der Volksversammlung nicht nur

für die Plebejer, sondern für alle römischen Bürger bindend sind. Ebenso denke man an die Auseinandersetzungen um Grund und Boden. Kleinbauern protestieren dagegen, dass immer größere Latifundien auf Kosten des *ager publicus*, des „öffentlichen Bodens“, entstehen, und fordern eine Bodenreform.

Der Einschlag des Christentums forciert den Gleichheits- und Gerechtigkeitsgedanken gegenüber dem römischen Machtprinzip. Jedoch wird die neue Religion bald selber romifiziert und so entsteht eine mittelalterlich-feudale Welt, in der die Ungleichheit weiter als gottgewollt gilt. Zugleich gibt es jedoch einen Unterstrom, der in den Forderungen der aufständischen Bauern an die Oberfläche tritt, zunächst ermutigt durch die Reformation, bis sich auch Luther gegen die Bauern stellt. „Wir wollen in Christi Namen keine Eigenleute“, d.h. Leibeigene, „mehr sein“, heißt es in deren Forderungskatalog. „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann“ wird zum geflügelten Wort.

Soziale Gerechtigkeit in der Neuzeit

Jetzt wird zunehmend Gleichheit und nicht mehr die bestehende Ungleichheit als natürliche Ordnung angesehen. Die Gerechtigkeitsforderung als Gleichheitsimpuls auch im Politischen muss sich durchsetzen gegen die Macht des Absolutismus. „Wir sind das Volk“ ertönt es nun. Gleichzeitig beginnt sich die Gerechtigkeitsfrage zu globalisieren. Die europäische Expansion und die sich entwickelnde industrielle Fremdversorgungswirtschaft führen dazu, dass die Bedeutung von Geld und Preisen zunimmt und wirtschaftliche Ungleichheit entsteht, in dem Maße, in dem sich die bürgerliche Gesellschaft entfaltet.

Herrmann Klenner, ein kluger Marxist, bringt das Problem auf den Punkt. Das soziale Gerechtigkeitsproblem in der bürgerlichen Gesellschaft bestehe „in dem Spannungsverhältnis zwischen der Gleichheit der Menschen als Bürger vor dem Gesetz und der Ungleichheit eben dieser Bürger als Menschen unter dem Gesetz. Die Divergenz von formaler und materialer Gleichheit, von *égalité de droit* und *égalité de fait* ist von explosiver Natur.“²

Daraus entsteht eine revolutionäre Dynamik. Die bürgerliche Revolution treibt so über sich hinaus. Die Jakobiner, ihr radikalster Flügel, wollen die Gleichheit vom politischen auf das soziale Feld ausdehnen. Nachdem Napoleon die Revolution beendet hat und sich allmählich eine Arbeiterbewegung bildet, nimmt diese den Impuls der bürgerlichen Revolution auf, radikalisiert und treibt ihn weiter. Allerdings bilden sich in der Arbeiterbewegung bald auch Differenzen heraus darüber, wie radikal man die Gerechtigkeitsforderung fassen müsse, wie gewalttätig oder friedlich der Prozess sich vollziehen müsse bzw. könne, im Zuge dessen die alte Gesellschaft untergeht und eine neue entsteht. Die Spannweite reicht vom Weg über die Diktatur des Proletariats bis zum friedlichen

2 Herrmann Klenner: Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit, Zeitschrift Marxistische Erneuerung. Heft 40, Dezember 1999, 10. Jhrg, <http://archiv.zme-net.de/archiv/xxinfo/h040s24.html>

Hineinwachsen in den Sozialismus durch Reformen und mit dem Stimmzettel.

Beim jungen Karl Marx findet man eine Forderung, die er interessanterweise mit der Kant'schen Formulierung als „kategorischen Imperativ“, als ethisches Gesetz, bezeichnet: „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Das hat Ralf Dahrendorf 1971 die „Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx“ genannt. Allerdings wird bei Marx der individuelle ethische Impuls verdrängt und in die Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsprozesses projiziert: Die Arbeiterbewegung habe keine Ideale zu verwirklichen, sondern die Geschichte selbst dränge mit der Notwendigkeit einer Naturgesetzlichkeit zu einer Ordnung der Gerechtigkeit. Der Rechtsphilosoph Rudolf Stammler hält entgegen, niemand werde eine Partei gründen, um eine Mondfinsternis herbeizuführen. Wie viel Spielraum für den „subjektiven Faktor“ bleiben solle, wird zur heiß umstrittenen Frage. Aus solchen Überlegungen leitet man dann im Austromarxismus die Forderung ab, die Arbeiterbewegung brauche eine Ethik. Sie wird im Neukantianismus gesucht.

Am totalitären Bolschewismus und auch an der perversen Form des Nationalsozialismus kann man erkennen, wie heute jeder Gerechtigkeitsgedanke, der nicht durch das individuelle Empfinden hindurchgeht, sondern kollektivistisch und totalitär „daher kommt“, zum Gegenteil sozialer Gerechtigkeit führt.

Das ist auch die Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg, nach dem es viele Versuche gab, die sozialen Gegensätze zu entspannen, was teilweise auch gelungen ist. Allerdings so, dass bestimmte Grundfragen gesellschaftlicher Neuordnung dabei ungelöst blieben. Das führte dazu, dass die Gerechtigkeitsfrage in den später 60er Jahren von der Jugend- und Studentenbewegung mit großer Vehemenz wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Diese Bewegung warf besonders auch die Frage nach globaler Gerechtigkeit auf. Frantz Fanon sprach mit seinem Buchtitel „Die Verdammten dieser Erde“ an, was vielen Menschen erstmals bewusst wurde: das Elend der „dritten Welt“ und die Mitschuld der reichen Länder daran. Ähnliche Empfindungen haben wir heute, wenn wir die Bilder aus Lampedusa sehen. Und ähnliche Motive bewegten und bewegen die Menschen in der „globalisierungskritischen“ Bewegung.

Auch die theoretische Debatte über das Gerechtigkeitsproblem ist in all den Jahren weitergegangen. Sie ist wichtig, weil das Handeln für soziale Gerechtigkeit nicht blind sein darf, sondern erkenntnisgeleitet sein sollte. Doch auf das Handeln kommt es an: Soziale Gerechtigkeit ist eben keine theoretische Frage.

II. Von der Philosophie der Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs

Mit dem Thema „Handeln aus Erkenntnis“ ist ein Motiv angesprochen, das im Mittelpunkt von Rudolf Stei-

ners Philosophie der Freiheit (1894) steht.³ Zwischen der 1893 ausgelieferten Freiheitsphilosophie und dem Ökonomiekurs von 1922 gibt es einen Gegensatz, den wir auflösen müssen, wenn ein wirklicher Bogen vom einen Werk zum anderen geschlagen werden soll. Setzt die Freiheitsphilosophie ganz auf das Urteil des Einzelnen und sein individuelles Handeln („ethischer Individualismus“) lesen wir im Jahr 1922 in einem Vortrag den kategorisch klingenden Satz, im Sozialen seien Einzelurteile immer falsch. Im Kurs selbst ist viel die Rede von gemeinsamem Urteilen in wirtschaftlichen „Assoziationen“.

Gleichzeitig ist als Kontinuität sichtbar, dass in beiden Werken – und in den zwischen ihnen zu verortenden Kernpunkten der sozialen Frage – großer Wert darauf gelegt wird, dass sie keine rein theoretischen Antworten auf die aufgeworfenen Fragen geben. Es solle nach einem Seelengebiet gesucht werden, auf dem sich die Freiheitsfrage täglich neu beantworten lässt (Philosophie der Freiheit). Es solle zu Menschengemeinschaften angeregt werden, die der Entwicklung immer wieder die Richtung nach dem Sozialen geben (Kernpunkte). Die Ökonomie sei immer zugleich eine theoretische und eine praktische Wissenschaft, man sei immer Teil des Ganzen und nicht distanzierter Beobachter. Die Philosophie der Freiheit, heißt es an anderer Stelle, zeige Wege des Einzelnen zur Freiheit, die Kernpunkte der sozialen Frage (und diese Aussage darf man auch auf den Nationalökonomischen Kurs beziehen) zeigen, wie sich die Gesellschaft verändern muss, damit Freiheit im umfassenden Sinn wirklich gelebt werden kann.

Das Ringen um die Freiheitsfrage

Schauen wir zunächst auf das Thema „Soziale Gerechtigkeit“ aus der Perspektive der Philosophie der Freiheit, wobei wir hier natürlich nur ganz grob skizzieren können. Das Buch beginnt mit der Frage, ob der Mensch Erkenntnissicherheit in Bezug auf seine Freiheitsfähigkeit gewinnen kann. Bin ich, ist mein Mitmensch, zu freien Handlungen in der Lage – oder ist dies eine Illusion, weil wir die Fäden der Notwendigkeit nicht sehen, an denen unser Handeln hängt?

Die Gegner des Freiheitsgedankens argumentieren, in Bezug auf eine Handlung setze sich schlicht das jeweils stärkere Motiv durch bzw. führe die Vorstellung, eine Handlung zu vollziehen, nur dann zum wirklichen Handeln, wenn sie auf eine entsprechende Triebfeder im Menschen treffe. Die Handlung folge daraus dann notwendig und werde nur deshalb als frei empfunden, weil die treibenden Kräfte nicht durchschaut würden. Die Lebenserfahrung zeigt, dass daran viel Wahres ist. Für Handlungen, deren Beweggründe nicht durchschaut werden – und solcher gibt es im Leben viele –, trifft das Argument gewiss zu. Aber was ist, wenn ich aus Gründen handle, die mir voll bewusst sind, wenn ich also selber die Triebfedern meiner Handlung spanne, indem ich aus individueller Einsicht handle?

³ Die Philosophie der Freiheit. Grundzüge einer modernen Weltanschauung. Seelische Beobachtungsergebnisse nach naturwissenschaftlicher Methode. GA 4, Dornach 1995

Sinnvollerweise kann ich die freie Handlung nur auf diesem Feld suchen.

Es muss mir aber bewusst sein, dass ich zuvor klären sollte, ob die durchschauende Tätigkeit des Denkens, durch die ich bewusst zu handeln vermag, mir ebenfalls nur frei erscheint, in Wahrheit aber erzwungen ist. Mit Hilfe der empirischen Methode seelischer Beobachtung können wir uns darüber aufzuklären, indem wir beobachten, wie wir das Denken selbst in seinen Zusammenhängen hervorbringen. Dem folgt die Besinnung auf die Rolle der Wahrnehmung, die uns ihre inneren Zusammenhänge erst offenbart, wenn wir sie mit unserem Denken durchdringen. Erkenntnis erweist sich als Synthese von Wahrnehmung und Begriff. Ihre Grenzen sind keine absoluten und unübersteigbaren, sondern nur jeweils individuell gesetzt. Am Ende des ersten Teils des Buches kann sich das Erlebnis eingestellt haben: Ich bin, insofern als ich bewusst und konsequent denke, der Meister meiner Gedankenprozesse. Deshalb kann ich hoffen, dass ich das Gebiet der Freiheit betrete, wenn ich meine Motive aus dem Denken heraus bilde und meine Triebfedern denkend selber spanne.

Darum geht es nun im zweiten Teil des Werkes, besonders im Kapitel „Die Idee der Freiheit“. Wann können wir in dem genannten Sinne von Freiheit sprechen? Wenn ich triebhaft handle sicher nicht, auch nicht wenn Konvention oder Routine mein Handeln bestimmen. Auch wenn Gefühle meinem Handeln zugrunde liegen, kann das zwar die Quelle von etwas Positivem sein – etwa beim Handeln aus Mitleid –, wirklich frei ist eine solche Handlung jedoch nicht. Bleibt das Handeln aus praktischer Vernunft, aus einem reinen Gedanken heraus. Man meint, nun müsse man aber das Ziel der Suche erreicht haben, bemerkt aber bald, dass das nicht der Fall ist. Tritt der gedankliche Grundsatz – z.B. die Forderung, nicht zu morden – als Gebot auf, dem ich mich unterwerfe, kann diese Unterwerfung vielleicht viel Schlimmes verhindern, eine freie Handlung stellt sie aber nicht dar. Immer aus demselben Vernunftmotiv heraus zu handeln, ist ebenfalls noch kein Zeichen von Freiheit. Wer keinen anderen Wert kennt als Gerechtigkeit, erliegt leicht jenem Gerechtigkeitsfanatismus, der in den Satz mündet „fiat justitia perat mundus“ – es geschehe Gerechtigkeit und wenn die Welt darüber zugrunde geht. Robbespierre, der alles dem Ideal der Tugend unterordnete, scheute nicht davor zurück, das Ideal mit der Guillotine durchzusetzen. Er war von einer Idee besessen. Selbst der kategorische Imperativ von Kant – nach dem man so handeln soll, dass die Maxime des Handelns als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten können soll – führt in diesem Sinne noch nicht zum freien Handeln, weil er der individuellen schöpferischen Phantasie keinen Raum lässt. Darf ich einen Verfolgten vor der Polizei schützen, indem ich auf die Frage, ob er sich bei mir versteckt, die Unwahrheit sage? Kann es richtig sein, dass alle die Unwahrheit sagen? Offenbar nicht – muss ich ihn also ausliefern? Wirkliche Freiheit beginnt erst da, wo ich selbst entscheide, welches der verschiedenen möglichen Ideale ich meinem Handeln in einer gegebenen Situation zugrundlegen will – wobei ich mich im

vorliegenden Fall zwischen Wahrhaftigkeit und Solidarität gegenüber dem Verfolgten zu entscheiden habe. Wissend, dass keine Maxime von vornherein richtig ist, kann ich versuchen, ein Gehör bzw. ein Gespür für das Richtige zu entwickeln, was nur gelingt, wenn ich mich selbst ganz zurücknehme. Dann wird meine Handlung eine angemessene Antwort darstellen können, d.h. ich werde verantwortlich handeln. Ich handle dann aus Einsicht, folge dem, was sich mir als richtig ergeben hat. Das ist mein Motiv und meine Triebfeder. Ich handle aus Liebe zur Handlung und zu dem, dem ich damit dienen will. (Die gegebene Situation kann natürlich auch ein dauerhafter Notstand sein.)

Gerechtigkeit ist ein Ideal, ein Wert. Je mehr der Mensch sich zur Freiheit hinaufarbeitet, umso mehr muss dieser Wert individuell gedacht, erlebt und empfunden werden, damit er wirksam werden kann. Dann erst können sich Menschen mit ähnlicher Wertorientierung zusammenschließen und damit mehr bewirken, als ein Einzelner vermag.

Die Aufsätze von 1898 und von 1905/06

Der Bogen, der sich von der Philosophie der Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs spannt, wäre nicht tragfähig ohne stützende Pfeiler. Wir müssen daher auch den Erkenntnissen unsere Aufmerksamkeit widmen, die zwischen den beiden Werken gewonnen werden bzw. den praktischen Versuchen, die in dieser Zwischenzeit stattgefunden haben.

Das beginnt mit der Frage nach den Folgen der in der Philosophie der Freiheit betrachteten Situation des Einzelnen für die Struktur der Gesellschaft. Erstmals thematisiert Steiner diesen Punkt explizit in den beiden Aufsätzen „Freiheit und Gesellschaft“ und „Die soziale Frage“ von 1898. In ihnen wird als „soziologisches Grundgesetz“ formuliert, dass sich der einzelne Mensch im geschichtlichen Verlauf von der Herrschaft der Kollektive („Verbände“) emanzipiert. Wenn alle Geschichte jedoch auf einen Individualisierungsprozess hinausläuft, müssen Staat und Gesellschaft, so Steiner, ein radikal neues Verständnis ihrer Rolle entwickeln: für sich nichts, jedoch alles für den Einzelnen zu wollen. Aus dem Obrigkeitsstaat muss ein Rechtsstaat werden, in dem der einzelne Mensch und seine Rechte im Mittelpunkt stehen. Von der Auseinandersetzung mit dem Egoismus als Schatten der Individualisierung ist hier nicht die Rede. Es ist die Zeit, in der Steiner für Max Stirner schwärmt und in einem Aufsatz „Der Egoismus in der Philosophie“ die Philosophiegeschichte in dessen Schaffen gipfeln lässt. Betrachtet man die Aufsätze isoliert, könnte man zu der Auffassung kommen, dass der Autor auf diesem Wege schließlich zu einer Art Neoliberalismus gelangt sein müsse.

Aber weit gefehlt: Als Reaktion auf eine Anfrage aus der Öffentlichkeit, was die Theosophie denn zur sozialen Frage zu sagen habe, veröffentlicht Steiner in den Jahren 1905/06 eine Reihe von Aufsätzen, in deren Mittelpunkt die These steht, das Heil einer Gesamtheit zusammenarbeitender Menschen sei umso größer, je mehr jeder für den anderen tätig

werde. Das bezeichnet er als „Soziales Hauptgesetz“, aus dem sich die Forderung nach der Trennung von Arbeit und Einkommen ergibt. Dieses Gesetz sei kein moralisch-ethischer Imperativ, sondern in ihm wird die notwendige Beziehung zwischen Altruismus und Heil der Gesamtheit dargelegt. Ethische Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen, obliege dem Urteilsvermögen des Einzelnen. Vor allem müssen Einrichtungen geschaffen werden, die es unmöglich machen, dass jemand alles für sich einheimen könne. Was gerne übersehen wird: Bereits davor taucht im Text die Preisfrage auf: Produkte zu billig zu erwerben, sei Ausbeutung. Es wird dann noch betont, der Egoismus könne nur überwunden werden, wenn die Menschen einen Sinn in ihrer Arbeit für den anderen sehen. Der Bedarf des anderen muss Motiv des Handelns werden. Dass diese Art der Motivation nur mangelhaft entwickelt war, sei der Grund für das Scheitern der Kolonie „New Harmony“ gewesen, die der große Sozialreformer Robert Owen in Amerika gegründet hatte.

Die Dreigliederungsbewegung 1917 – 1922

Der Versuch, unmittelbar in den politisch-gesellschaftlichen Prozess einzugreifen, beginnt mit den Memoranden des Jahres 1917, jenem Entwurf eines mitteleuropäischen Friedensprogrammes, das durch eine Sozialreform Vertrauen schaffen sollte. Dem politischen Parlament sollte ein Kultur- und ein Wirtschaftsparlament an die Seite gestellt werden.

Bei den Regierenden in Wien und Berlin fand die Initiative nicht das nötige Echo, die Entwicklung trieb in die militärische Katastrophe. In der Zeit der Novemberrevolution hält Steiner Vorträge in der Schweiz, in denen er die Frage nach den sozialen und antisozialen Triebfedern im Menschen als eine Schlüsselfrage für das soziale Wirken herausstellt. Sinngemäß führt er aus: Die antisozialen Triebe sind im Zeitalter der Individualisierung das „Lebensbrot“ der Menschheit. Ich-Entwicklung bedeutet im ersten Schritt Abgrenzung und Bindungsverlust. Das ist notwendig. Nicht Moralpredigten können die Konsequenz sein, sondern die bewusste Pflege des Sozialen. Während sich das Antisoziale von selbst entwickelt, wird das Soziale ohne Pflege immer dünner. Diese Pflege hat zwei Seiten: Einerseits sind Übungen zur Stärkung des sozialen Willens und der sozialen Fähigkeiten notwendig, aber zugleich müssen Einrichtungen geschaffen werden, an denen der Egoismus anstoßen und sich dadurch immer mehr selbst korrigieren kann.

Wenige Monate später, im April 1919, nachdem ein Dreigliederungsauftrag eine Volksbewegung einleitete, erscheint das Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“, in dem die Fragen nach Preis – als Ertragsteilungsverhältnis nach außen – und Einkommen – als Ertragsteilungsverhältnis nach innen – in eine Formel gefasst werden, die im Nationalökonomischen Kurs so wieder aufgegriffen wird:

„Nur durch eine Verwaltung des sozialen Organismus, die in dieser Art zustande kommt im freien Zusammenwirken der drei Glieder des sozialen Or-

ganismus, wird sich als Ergebnis für das Wirtschaftsleben ein gesundes Preisverhältnis der erzeugten Güter einstellen. Dieses muss so sein, dass jeder Arbeitende für ein Erzeugnis so viel an Gegenwert erhält, als zur Befriedigung sämtlicher Bedürfnisse bei ihm und den zu ihm gehörenden Personen nötig ist, bis er ein Erzeugnis der gleichen Arbeit wieder hervorgebracht hat. Ein solches Preisverhältnis kann nicht durch amtliche Feststellung erfolgen, sondern es muß sich als Resultat ergeben aus dem lebendigen Zusammenwirken der im sozialen Organismus tätigen Assoziationen. Aber es wird sich einstellen, wenn das Zusammenwirken auf dem gesunden Zusammenwirken der drei Organisationsglieder beruht.“⁴

In der zweiten Jahreshälfte 1919 hatte die Dreigliederungsbewegung ihren Zenit bereits überschritten, 1922 war sie in der bisherigen Form am Ende, was vielfach so interpretiert wurde, dass R. Steiner die Sache aufgegeben habe. Doch führt man einen Kurs durch, der eine neue, auf praktische Veränderungen im Sinne der Dreigliederung zielende Wirtschaftswissenschaft entwickelt, wenn man die Sache auf Dauer verloren gegeben hat? Das wäre unsinnig.

Der Nationalökonomische Kurs⁵

Der Kurs beruht methodisch auf einem beweglichen Denken in Bildbegriffen, das dem Fluktuierenden der Ökonomie gerecht werden und ein Verständnis der Prozesse von innen heraus – „aus der Retorte“ – ermöglichen soll.

Dass der Kurs „Nationalökonomischer“ heißt, erklärt Steiner selbst aus dem akademischen Sprachgebrauch. Inhaltlich steht in seinem Mittelpunkt die These, dass es eine Nationalökonomie nicht mehr gebe, dass die Erde zum geschlossenen Wirtschaftsgebiet, die Ökonomie zur Weltökonomie geworden sei (besonders im 11. Vortrag). Der englische Titel „World Economy Course“ wird daher der Sache besser gerecht als die deutsche Version.

Das Wirtschaftsleben spannt sich aus zwischen Natur und Geist. Arbeit wird auf die Natur angewendet, um die Produkte zu erzeugen, die wir Menschen brauchen. Menschlicher Geist wird auf die Arbeit angewendet, um sie zu erleichtern, effizienter und damit produktiver zu machen. Durch Rationalisierung wird Arbeitsaufwand erspart. Die wertbildende Bewegung der Anwendung von Arbeit auf die Natur nennt Steiner W1, die der Anwendung von Geist auf Arbeit W2 (2. Vortrag). Der 3. Vortrag arbeitet den objektiven Altruismus der Arbeitsteilung und die Notwendigkeit einer Überwindung der Selbstversorgungsmentalität heraus, der 4. die Entstehung des Kapitals, seine Emanzipation von der Arbeit und die Herausbildung von Geldwirtschaft und Leihkapital. Der 5. Vortrag schließlich betrachtet die Wirtschaft

⁴ R. Steiner: Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft, GA 23, Dornach 1976, S. 131 f.

⁵ R. Steiner: Nationalökonomischer Kurs. Vierzehn Vorträge, gehalten in Dornach vom 24. Juli bis 6. August 1922 für Studenten der Nationalökonomie. GA 340, Dornach 1965

als Kreislaufgeschehen von Wertaufbau und -abbau sowie die Rolle wertbildender Spannungen. Stauungen und Blasenbildungen würden pathologisch wirken.

Der 6. Vortrag entwickelt die Formel des richtigen Preises und die Geldfunktionen des Kaufens, Leihens und Schenkens sowie die Rolle der Assoziationen für die Steuerung der Geldprozesse. Die bisherige Ökonomie habe die volkswirtschaftliche Rolle des Schenkungsgeldes nicht verstanden. Die Ökonomie der Zukunft lebe von der Kultur, die in der Gegenwart von Schenkungsgeld getragen werden müsse, was zu einer gesunden Entwertung führe. (Heute haben wir dafür die nicht unproblematische Form der Zwangsschenkung über Steuern.)

Der 7. Vortrag unterscheidet Ruhe- und Bewegungsfaktoren im Wirtschaftsleben und zeigt die Problematiken von Lohnverhältnissen und Bodenpreis. Im 8. Vortrag werden die konventionellen Vorstellungen über die Rolle von Angebot und Nachfrage kritisiert und drei Preisgleichungen entwickelt. Das Geld sei ein Rechtsfaktor, die Entwicklung gehe von der Tauschwirtschaft über die Geldwirtschaft zur Fähigkeitenwirtschaft. Der 9. Vortrag behandelt die Herausbildung einer entpersönlichten Geldzirkulation.

Der 10. Vortrag verhilft – wie noch zu zeigen sein wird – zur Auflösung des Widerspruchs zwischen individueller und sozialer Ethik. Im 11. Vortrag geht es, wie bereits bemerkt, um die Entwicklung zur Weltwirtschaft. Das Geld ist Stellvertreterwert von Gütern und Leistungen, unterliegt aber keiner Abschreibung. Diese unreelle Konkurrenz zwischen Ware und Geld müsse überwunden werden, Geld müsse altern und sich am Ende seines Lebens verschenken (12. Vortrag). Geld sei letztlich die „fliegende Weltbuchhaltung“, die Behandlung von Geld als Ware widerspreche dieser Rolle und führe zu Pathologien. Das Geld müsse wieder an den realwirtschaftlichen Prozess gebunden werden. (14. Vortrag)

Altruismus als volkswirtschaftliche Forderung

Das ist der Gang des Kurses, in knappsten Strichen skizziert. Ich greife nun einzelne Stellen heraus, die für unser Thema besonders wichtig sind.

Anders als viele Wirtschaftsethiker, die einer ethikfreien Ökonomie von außen Ethik eintrichtern wollen, hebt Steiner hervor, dass die Ökonomie selbst, indem sie zur Fremdversorgungswirtschaft geworden ist, aus ökonomischen Gründen die Überwindung des Egoismus verlangt. Die Gedanken von 1905/06 fortsetzend, formuliert er im 3. Vortrag: „Das ist nun aber durchaus so, dass wir unmittelbar einsehen: Je weiter die Arbeitsteilung vorrückt, desto mehr muss das kommen, dass immer einer für die anderen arbeitet, für die unbestimmte Sozietät arbeitet, niemals für sich. Das heißt aber mit anderen Worten: Indem die moderne Arbeitsteilung heraufgekommen ist, ist die Volkswirtschaft in Bezug auf das Wirtschaften darauf angewiesen, den Egoismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Bitte, verstehen Sie das nicht

ethisch, sondern rein wirtschaftlich! Wirtschaftlich ist der Egoismus unmöglich. Man kann nichts für sich mehr tun, je mehr die Arbeitsteilung vorschreitet, sondern man muß alles für die anderen tun.“

„Im Grunde genommen ist durch die äußeren Verhältnisse der Altruismus als Forderung schneller auf wirtschaftlichem Gebiet aufgetreten, als er auf religiös-ethischem Gebiet begriffen worden ist. Dafür gibt es eine leicht erhaschbare historische Tatsache.“

„Das Wort Egoismus, das werden Sie als ein ziemlich altes finden, wenn auch vielleicht nicht in der heutigen schroffen Bedeutung, aber Sie werden es als ein ziemlich altes finden. Das Gegenteil davon, das Wort Altruismus, das Denken an den anderen, ist eigentlich kaum hundert Jahre alt, ist erst sehr spät als Wort erfunden worden, und wir können daher sagen – wir wollen uns nicht auf diese Äußerlichkeit zu stark stützen, aber eine historische Betrachtung würde das zeigen.“

„Die ethische Betrachtung war noch lange nicht zu einer vollen Würdigung des Altruismus gekommen, da war schon die volkswirtschaftliche Würdigung des Altruismus durch die Arbeitsteilung da. - Und betrachten wir jetzt diese Forderung des Altruismus als volkswirtschaftliche, dann haben wir das, ich möchte sagen, was weiter daraus folgt, unmittelbar: Wir müssen den Weg finden in das moderne Volkswirtschaften, wie kein Mensch für sich selber zu sorgen hat, sondern nur für die anderen, und wie auf diese Weise auch am besten für jeden einzelnen gesorgt ist. Das könnte als ein Idealismus genommen werden; aber ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam: ich spreche in diesem Vortrag weder idealistisch noch ethisch, sondern volkswirtschaftlich. Und das, was ich jetzt gesagt habe, ist einfach volkswirtschaftlich gemeint. Nicht ein Gott, nicht ein sittliches Gesetz, nicht ein Instinkt fordert im modernen wirtschaftlichen Leben den Altruismus im Arbeiten, im Erzeugen der Güter, sondern einfach die moderne Arbeitsteilung. Also eine ganz volkswirtschaftliche Kategorie fordert das.“

„Das ist ungefähr, was ich dazumal in jenem Aufsatz habe darstellen wollen: dass unsere Volkswirtschaft mehr fordert von uns, als wir in der neuesten Zeit ethisch-religiös leisten können. Darauf beruhen viele Kämpfe.“⁶

Von der subjektiven zur objektiven Selbstlosigkeit

Für unser Thema zentral ist der 10. Vortrag vom 2. August 1922. Er beginnt mit dem Gedanken, dass bei jedem Tausch von Ware gegen Geld für beide Partner ein Vorteilmehrwert entstehen müsse, wenn er zustande kommen soll. Hätte der eine nicht mehr Nutzen von der Ware als von dem Geld in seinem Portemonnaie, würde er nicht kaufen, hätte der andere nicht mehr Nutzen vom Geld als von der Ware, so würde er sie nicht verkaufen. Heute würden wir von einer Win-Win-Situation sprechen.

6 GA 340, dritter Vortrag, Dornach 26. Juli 1922, S. 45 f.

Wenn dieser Vorteilmehrwert nicht entsteht, kommt der wirtschaftliche Prozess zum Erliegen. Dass er entsteht, ist eine Frage des Preises. Dieser müsse daher zur Handlungsgröße werden, dürfe nicht mehr schlicht als Urteil des Marktes hingenommen, und auch nicht bürokratisch dekretiert werden.

Das heißt, es besteht die Notwendigkeit, das Preisgefüge immer wieder in die richtige Richtung zu bringen. Das kann nur in Organen geschehen, die aus Repräsentanten aller Beteiligten – Produktion, Zirkulation und Endverbraucher – bestehen. Steiner nennt sie Assoziationen. Dort können Verabredungen getroffen werden, die zu realen Veränderungen führen, was sich darin widerspiegelt, dass zu niedrige Preis nach oben, zu hohe nach unten korrigiert werden.

Die TeilnehmerInnen an solchen runden Tischen bringen ihre Sacherfahrung ein, das wirtschaftliche Gespür, das sich nur in der Praxis bildet (von R. Steiner „empfundene Erfahrung“ genannt). Sie haben eine Wahrnehmung in bezug auf ihre jeweiligen Tätigkeitsfelder, die infolge der Arbeitsteilung sehr vielfältig sind und nicht von einem einzelnen Menschen oder einer Gruppierung überblickt werden können. Wenn aber Erkenntnis die Synthese von Wahrnehmung und Begriff ist, wie wir in der Philosophie der Freiheit gelernt haben, so wird ein angemessenes wirtschaftlich-soziales Urteil (R. Steiner spricht von „selbsttätiger Vernunft“) nur möglich, wenn ein Prozess stattfindet, bei dem die segmentierten Wahrnehmungselemente im Sinne einer Bildgestaltung zusammengetragen werden. Nur im Dialog, in dem sich eigene Interessenstandpunkte im Hinblick auf die Lebenslage der Partner relativieren, entsteht eine Dynamik des Interessenausgleichs, kann „objektiver Gemein Sinn“ (Steiner) erwachsen, sind faire Arrangements die Folge.

Jüngst wurde von der Hirnforschung untersucht, wie das menschliche Empfinden auf verschiedene Preise reagiert. Das Ergebnis war, dass die Kauflust sowohl bei zu niedrig als bei zu hoch empfundenen Preisen abnimmt, eine als ausgewogen erlebte Preislage dagegen zu höchster Kaufbereitschaft führt. Das ist jedoch eine sehr subjektive Empfindung einer Mitte und kann auch nicht mehr sein, da ein einzelner, wie bereits gesagt, nicht überschauen kann, wie sich ein Endpreis real aus den Vorstufen ergibt. Nur im assoziativen Gespräch kann sich ein sozial gerechtes und ökonomisch richtiges Preisempfinden bilden.

Der richtige und gerechte Preis ist dabei keine fixe statistische Größe, sondern eine dynamische. Durch eine solche Kooperation in Assoziationen kann soziale Gerechtigkeit Motiv und Triebfeder für alle Beteiligten werden. Bleibt es bei einer ökonomischen Ordnung, die von Daseinskampf statt Kooperation bestimmt ist, droht Empathieverlust in unserer Gesellschaft. Wir brauchen aber Empathie, um zu der Gesellschaft zu werden, die Jeremy Rifkin in seinem Buch „Die empathische Zivilisation“ zu Recht beschwört.⁷

⁷ Jeremy Rifkin: Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein. Frankfurt/M (Campus) 2009

Wie entstehen Preise heute? – Ursachen des Preischaos (Marktversagen – Staatseinmischung – Scheinmarktwirtschaft usw.)

Harald Spehl

Treffen sich zwei Preise. Fragt der eine: Was machst Du am Wochenende? Sagt der andere: Fallen.

Dass solche Witze kursieren, lässt tief blicken. Preise sind Thermometerstände – was aber ist mit dem Thermometer los? Offensichtlich ist es außer Rand und Band geraten. Besonders auffällig ist zurzeit der Preiskampf im Möbelhandel. Im Rhein-Main-Raum macht ein neuer Möbelmarkt auf und wirbt mit 20% Rabatt. „20% auf alles, außer Tiernahrung“ war die Parole der Praktiker-Märkte, die nun insolvent sind. Die Pleite eines der großen Player im Möbelmarkt ist leicht zu prophezeien. „Geiz ist geil“, „Ich bin doch nicht blöd!“, jeder kennt die Parolen. Offenbar ist jeder Preis möglich – auf denn zur Schnäppchenjagd!

Inzwischen bekommen Unternehmen Angst vor der eigenen Billig-Billig-Strategie: „Handel sucht den Notausgang“ lautete jüngst eine Schlagzeile. Erstmals haben die Discounter ihre Preise stärker erhöht als die Supermärkte.

Wo wir hinschauen, finden wir Verwirrendes, eben Preischaos. Im einem Laden wird ein Schuh für 100 Euro angeboten, in einem anderen Laden ist ein von dem ersten kaum unterscheidbarer Schuh für 500 Euro ausgestellt, und offenbar zahlt jemand diesen Preis. Es kommt vor, dass Verbraucher kurz wach werden und sich z.B. mit den Bauern solidarisieren, die einen auskömmlichen Milchpreis fordern. Aber solche Empörung verpufft leicht wieder, der Milchpreis fällt. Und die europäische Union pumpt weiter Milchpulver in Drittweltländer und zerstört deren Milchwirtschaft. Wie fühlt man sich mit dem Strompreis? Ist es richtig, dass die Verbraucher über die EEG-Umlage die Energiewende bezahlen? Sollte der Preis für erneuerbare Energien am Markt festgelegt werden? Muss der Staat intervenieren? Ist die Forderung nach einem Recht auf Stromversorgung mit bezahlbaren Preisen noch marktwirtschaftskonform?

Gerechter Preis = marktgerechter Preis?

Für einen neoklassischen Ökonomen ist klar, was ein richtiger, gerechter Preis ist. Man hält sich nicht lange mit der verwirrenden Vielfalt des Lebens auf, sondern abstrahiert und schafft ein einfaches Modell des Marktgleichgewichts, das für alle Güter und Leistungen gültig sein soll. „Marktgleichgewicht“ (auch

geräumter Markt) nennt man in der Wirtschaftswissenschaft die Situation auf einem Markt, in der die Menge des Angebots gleich der Nachfragemenge ist. Diese Menge wird als Gleichgewichtsmenge bezeichnet. Da es in der Regel umso mehr Käufer (und weniger Verkäufer) gibt, je niedriger der Preis ist, sowie umso mehr Anbieter (und weniger Nachfrager), je höher der Preis ist, fungiert der Preis als gleichgewichtsbildende Variable. Der Preis, der zum Marktgleichgewicht führt, wird als Marktpreis oder Gleichgewichtspreis bezeichnet.⁸ Die neoklassische Ökonomie vertritt nun schlicht die Auffassung, der Marktpreis, der sich im Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bildet, sei eben der gerechte Preis.

Hinter diesem Modell steht die Annahme des „Homo oeconomicus“ als nutzenmaximierender, materialistisch und hedonistisch orientierter Egoist. Die Anbieter suchen Maximalprofit, die Nachfrager Maximalnutzen. Nur darum müsse man sich kümmern, alles andere besorge die „unsichtbare Hand des Marktes“. Ist der Preis hoch, treten neue Unternehmer in den Markt ein, der Preis sinkt. Ist er zu niedrig, reduziert sich das Angebot, der Preis steigt wieder. Eine besondere Form des Nutzens ist der sogenannte Prestige-Nutzen. Die Louis-Vuitton-Tasche und das I-Phone sind Prestige-Objekte, weshalb diese Produkte preislich in einer anderen Liga spielen als andere. Man spricht von Marktsegmentierung. Gelingt es einem Unternehmen, etwas zu bieten, was „Kult“ wird, kann es weit höhere Gewinne erzielen als ein „Normal“-Anbieter.

Im Welt- und Menschenbild des Marktfundamentalismus ist „der Markt“ eine Maschine, die gerade dadurch funktioniert, dass die Marktteilnehmer in permanentem Wettbewerb miteinander stehen. Die Anbieter werden durch die Peitsche der Konkurrenz ständig zu weiteren Innovationen gezwungen, um

Kosten zu sparen, auch wenn in manchen Märkten – man denke an Flugzeugbau und Werften – die Anbieter oder Nachfrager ein größeres Gewicht haben als in anderen. Im Modell gilt, dass der einzelne Anbieter oder Nachfrager keinen unmittelbaren Zugriff auf die Bestimmung der Preise hat, sondern dass diese sich hinter dem Rücken der Marktteilnehmer durch einen Automatismus bilden. Der Preis ist ein „Datum“, wörtlich übersetzt ein „Gegebenes“.

Anbieter und Nachfrager konkurrieren und reagieren auf dem Markt. Der Markt kennt keine Ethik. Woher aber soll diese kommen? Wir bewegen uns tagtäglich in einer Gesellschaft, die von der Ökonomie dominiert wird. Muss die Ethik dann nicht innerhalb der Ökonomie verankert werden? Wir haben Lehrstühle für Geld, Außenhandel, Rechnungswesen, Marketing usw. – und dann gibt es noch eine Professur für Wirtschaftsethik. Was dort gelehrt wird, hat jedoch keine Folgen für das, was von den anderen Lehrstühlen aus gelehrt wird.

Wir haben es mit einem hochabstrakten Modell zu tun, aus dem jedoch weitreichende Schlüsse für die konkrete Realität gezogen werden. Darf man Mietpreise staatlich deckeln? Der Theorie nach nicht, denn dann geht das Angebot zurück. Die Luftverschmutzung soll durch den Handel mit Verschmutzungszertifikaten bekämpft werden. Im Moment sind die Zertifikat-Preise so niedrig, dass die Kohlekraftwerke mit Vollast laufen. Darf man durch staatlichen Eingriff das Angebot verringern? Für überzeugte Marktwirtschaftler ist das ein ökonomischer Sündenfall. Für Wirtschaftsliberale darf der Staat nur die Bedingungen des Spiels festsetzen, jedoch nicht selber mitspielen.

8 <http://de.wikipedia.org/wiki/Marktgleichgewicht>

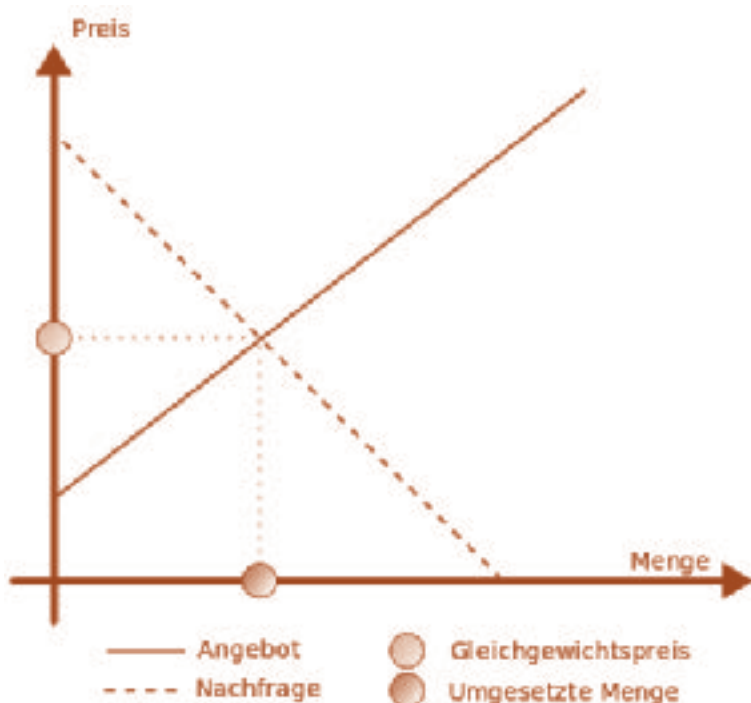


Abb. siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Marktpreis>

Staatsversagen und Marktversagen

Das Problem ist nur, dass sich die Beteiligten oft nicht an die Spielregeln halten, sondern Vorteilsstrategien suchen. Jede Woche fliegt ein Kartell auf, durch das Anbieter versucht haben, das Spiel zu ihren Gunsten zu manipulieren, z.B. durch Preisabsprachen. Neben den Anbieterkartellen gibt es natürlich auch Nachfragerkartelle, z.B. Handelskartelle. Auch hier entsteht Marktmacht, Einkaufspreise werden festgesetzt. Das soll durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Kartellamt verhindert werden, das Kartellstrafen verhängt. So soll der Staat den Marktmechanismus funktionsfähig halten, den Markt verteidigen, das Marktversagen verhindern. In der Realität hat man den Eindruck eines „Hase-und-Igel-Spiels“. Auch hohe

Strafzahlungen halten die Unternehmen nicht davon ab, zu ihren Gunsten zu kooperieren.

Interessanterweise ist die Festlegung von Quoten und Preisen dann nicht verboten, wenn es sich um Festlegungen innerhalb eines einzelnen Unternehmens handelt. Es ist untersagt, mit anderen Unternehmen mittels Absprachen zu kooperieren, nicht jedoch andere Unternehmen zu kaufen. Nach vollzogener Fusion geht alles, was vorher nicht ging. Diese Form der „Marktbereinigung“ führt zur Oligopolisierung; viele Märkte werden schlussendlich von wenigen Großen beherrscht. Daran ändert auch die Fusionskontrolle wenig.

Neben der Aufgabe der Marktverteidigung hat der Staat auch die Funktion der Marktergänzung übernommen, beispielsweise durch einen aktiven Verbraucherschutz, der u.a. hygienische Standards und Kontrollen, Einrichtungen zum Warentest, Regelungen zur Gewährleistung und Verbraucherinformation beinhaltet. Der Weg jedes Produkts soll lückenlos von der Herstellung bis zum Laden rückverfolgbar sein, am besten über einen mit dem Smartphone auslesbaren Matrix-Code der auf der Ware aufgebracht ist. Marktergänzung soll da greifen, wo der Markt allein nicht das Notwendige leistet.

Eine dritte Aufgabe des Staates ist die Marktersetzung an Stellen, wo Märkte gar nicht funktionieren. In Deutschland haben wir nur ein Schienennetz und damit ein natürliches Monopol der Deutschen Bahn als Eigentümer. Das rechtfertigt die staatliche Kontrolle oder sogar Festsetzung der Trassennutzungspreise. In der Solarbranche hat der Staat die Einspeisevergütung festgelegt. Ein staatlich fixierter Mindestlohn bedeutet eine Ergänzung oder Ersetzung von Tarifvereinbarungen. Es ist nicht erstaunlich, dass alle Entscheidungen zur Marktersetzung besonders kontrovers beurteilt werden

Bei allen staatlichen Eingriffen in die Märkte wird unterstellt, dass politische Akteure und staatliche Behörden a priori unsere Interessen und das Allgemeinwohl vertreten. Realistischerweise muss aber die Rolle von Parteiinteressen und Eigeninteressen der Bürokratie berücksichtigt werden. Es besteht also keine Garantie, dass mit dem Staat nicht der Bock zum Gärtner gemacht wird. Es gibt eben auch Staatsversagen.

Die Wahl zwischen Staat und Markt ist daher eine Wahl zwischen verschiedenen Übeln, wobei es weitgehend eine Glaubensfrage ist, ob man die Variante „Soviel Markt wie möglich, soviel Staat wie nötig“ oder die andere „Soviel Staat wie möglich, soviel Markt wie nötig“ bevorzugt. Gibt es keine andere Lösung?

Wie kommt ein Preis kalkulatorisch zustande? Stellen wir uns vor, wir wollten Teddybären produzieren. Da brauchen wir erst einmal Stoff, Füllmaterial, Energie usw., als Produzent bin ich selbst Nachfrager von Vorleistungen. Dann brauchen wir Menschen in Produktion, Vertrieb usw., die ein Einkommen erhalten

müssen. Sozialbeiträge müssen abgeführt werden, Steuern wie Gewerbesteuer und Ertragssteuern sind zu bezahlen. Wir müssen Maschinen einsetzen und ihre Abnutzung einkalkulieren. Für den Kredit, mit dem wir sie bezahlt haben, müssen wir Zinsen bezahlen, außerdem Miete bzw. Pacht. Und natürlich soll ein Gewinn entstehen.

Um im Konkurrenzkampf zu bestehen, versuchen wir Kosten zu senken. Was kann man machen? Vorlieferanten im Preis drücken, Lohnkosten senken (direkt oder über Verlagerung an Subunternehmer oder ins Ausland), Druck auf Politik wegen Sozialbeiträgen und Steuern ausüben, Maschinenpark überaltern lassen. Bei Zinsen und Mieten ist es nicht so leicht, über Senkungen zu verhandeln.

Eine solche betriebswirtschaftliche Sichtweise lässt ein Denken vom Ganzen her nicht zu. Vor kurzem ging ein Beispiel durch die Presse: Ein Unternehmen lässt Orangensaft pressen, beauftragt dazu einen Subunternehmer, dieser einen Subsub-Unternehmer. Was kann das erste Unternehmen dafür, dass dieser billigste Leiharbeitskräfte einsetzt? So tritt an die Stelle von Kostensenkung durch Innovation Einsparung durch Ausbeutung. Es wird möglichst vieles an Dienstleister außerhalb verlagert. So verschwindet die Verantwortung, und alle waschen angesichts von Katastrophen, wie dem Brand einer Textilfabrik in Bangladesch mit vielen Toten, ihre Hände in Unschuld.

In der Wirklichkeit drückt sich im Preis immer ein soziales Verhältnis aus, Preise bestimmen über Einkommen und Arbeitsbedingungen und damit über Lebenslagen. Der fundamentalistisch gefasste Marktgedanke macht aber die Gestaltung der sozialen Verhältnisse durch Verständigung über Preisbildungsfragen unmöglich. Absprache kennt man nur als Kartell zur Übervorteilung Dritter, nicht als verantwortlichen Interessenausgleich aller Partner von der Produktion, über die Zirkulationsstufen bis zum Endverbraucher.

Faktormärkte = Scheinmarktwirtschaft

Arbeits-, Kapital- und Bodenmarkt sind Scheinmärkte. Scheinmärkte deshalb, weil dort etwas gehandelt wird, was keine Ware ist. Arbeit, Boden und Kapital wirken bei der Warenproduktion zusammen, sind aber selber keine wirtschaftlichen Güter. Wir müssen hier vielmehr über Rechte sprechen, z.B. das Recht auf Bodennutzung.

Das Modell der Marktwirtschaft geht aus vom Menschenbild des homo oeconomicus. Aber dieses Menschenbild ist falsch! Der Egoismus ist eine Tatsache, aber er ist nur eine Seite des Menschen, bei der wir auch noch berechnete Selbsterhaltung und Eigensucht auseinanderhalten müssen. Der Mensch ist aber auch ein soziales Wesen, das Sozialfähigkeiten entwickeln kann. Dazu braucht es individuelle Bemühungen, aber auch bestimmte soziale Organisationsformen. Wo gibt es in der

Ökonomie Orte für soziale Lernen? Die Konkurrenz lehrt uns, die Ellenbogen zu gebrauchen, sie lehrt uns nicht, uns dem anderen interessiert zuzuwenden.

Wie könnte diese gegenseitige Zuwendung in der Ökonomie aussehen? Nehmen wir ein schlichtes Beispiel. Jemand wohnt auf dem Dorf und braucht einen neuen Schreibtisch. Im Dorf gibt es einen Schreiner, dem ein guter Ruf vorausseilt, sodass es für den Kunden naheliegt, mit diesem das Gespräch zu suchen. Er wird dabei seine Wünsche formulieren: Massivholz, schlichtes modernes Design, Schubladenelemente, Vorrichtungen zur Unterbringung von Drucker und PC. Das Holz soll aus nachhaltiger Forstwirtschaft kommen. Der Schreiner macht eine Zeichnung und erstellt ein Angebot, das sich, sagen wir, auf 1.500 Euro beläuft. Es entspinnt sich folgender Dialog: Kunde (erschrocken): „Ich kann aber nur 800 Euro zahlen“. Schreiner: „Dafür kann ich diesen Schreibtisch nicht bauen, da bliebe nach Abzug aller Kosten für mich nichts zum Leben übrig.“ Kunde: „Ich bin mit 800 aber an meiner Schmerzgrenze.“ Schreiner: „Ich kann Abstriche an der Konstruktion machen. Wie wäre es mit Furnier aus nachhaltiger Forstwirtschaft? Und können wir es nicht bei schlichten Schubladen belassen? Das könnte ich für 1.000,- Euro machen.“ Wenn das Gespräch gut läuft, hat man sich am Ende angenähert. Vielleicht einigt man sich auf den Mittelwert zwischen beiden genannten Zahlen, also auf 900,- Euro.

Soziales Lernen in assoziativen Gesprächsorganen

Menschen sind sich begegnet und haben miteinander über Preis, Qualität, Material und Umweltkriterien geredet... Der Preis ist jetzt unterlegt mit einer Bildgestaltung über die jeweilige Situation. Aus der Logik der Begegnung kommen wir zu der von C. Strawe im vorigen Abschnitt bereits zitierten Preisformel R. Steiners. Der Preis wird nicht rückwärts im Hinblick auf die Vergangenheit kalkuliert, sondern muss die Fertigung des nächsten Schreibtisches ermöglichen. In die Preisformel sind die Angehörigen des Produzenten miteinbezogen. Das kann sinnvollerweise nicht bedeuten, dass die Preise von Schuhen und Tischen mit der Kinderzahl der Produzenten variieren. Es heißt aber, dass im Preis alle Beiträge mit einkalkuliert sein müssen, die nötig sind, damit durch gesellschaftliche Einrichtungen Sozial-einkommen gezahlt werden können, z.B. Kindergeld.

Es taucht auch die Frage auf, ob der Kunde Produktivitätsfortschritte des Produzenten vollständig als billigeren Preis zugeschrieben bekommen sollte. Auch hier zeigt sich, dass das Maß, in dem das geschieht, Ergebnis eines Verständigungsprozesses sein muss und nicht mechanisch zustande kommen kann. Denn die Verteilung von Produktivitätsgewinnen kann unterschiedlich erfolgen, z.B. auch in Form von Einkommenssteigerung oder Arbeitszeitverkürzung bei den Produzenten.

Der Einwand, dass wir doch nicht mehr alle auf dem Land leben, Schreibtische heute industriell

gefertigt werden und deshalb diese Überlegung reine Sozialromantik darstellt, ist naheliegend, führt aber nicht weiter. Darum geht es ja gerade: Wie können wir in einer Wirtschaft, die eben nicht mehr kleinräumig, sondern global vernetzt ist, die nötigen gesellschaftlichen Organe schaffen, in denen eine solche Bildgestaltung erst möglich wird? Kleine regionale Verständigungskreisläufe sind sicher besonders in der Landwirtschaft auch heute nötig und sinnvoll. So ist der Ansatz der Consumer Supported Agriculture (CSA), bei dem Verbaucher Mitverantwortung für „ihren“ ökologischen Bauernhof übernehmen z.B. in den USA sehr erfolgreich, verbreitet sich aber auch bei uns. Solche Lösungen funktionieren aber nur in begrenztem Rahmen. Es macht ja nicht den geringsten Sinn, die Produktion von Smartphones aus der Region zu propagieren. Die Arbeitsteilung zurückzunehmen ist gerade nicht die Lösung, denn Arbeitsteilung ist die Quelle der Produktivitätsentwicklung und vor allem Motor des objektiven Altruismus.

So ist das Beispiel kein Modell für eine zukünftige Wirtschaft, sondern sollte den Blick auf die Aufgaben ihrer Gestaltung lenken und uns helfen, ein Bild einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu entwickeln. Im Mittelpunkt dieses Bildes steht die Begegnung, das „assoziative Gespräch“. Wo wir es nicht mit kleinräumigen Verhältnissen zu tun haben, gehören aber nicht nur die Vertreter von Produzenten und Endverbrauchern an den runden Tisch, sondern auch die Vertreter der Zirkulation, vor allem des Handels. Der Handel verbindet die Enden, die sich in der arbeitsteiligen Wirtschaft immer weiter voneinander entfernt haben. Heute überlagern Eigeninteressen des Handels seine eigentliche Rolle als Vermittler zwischen den Polen. Nimmt er diese Rolle konsequent wahr, ist er ein wesentliches Glied der Assoziationen.

Alles, was nur den Gruppenegoismus verstärkt, geht dagegen offenkundig in die falsche Richtung. Dann sagt die Autoindustrie weiterhin: „Bloß keine zu niedrigen CO₂-Werte“ und die Verbraucher: „Hauptsache billig“. Die Lösung besteht auch nicht darin, der Marktmacht der einen Seite eine entsprechende Marktmacht der anderen gegenüberzustellen. Es geht um Begegnung und die Balance von Interessen und darum, gute gemeinsame Lösungen im Sinne des Ganzen zu erzielen. Im Assoziativen begegnen und korrigieren sich Einseitigkeiten, können soziale Lernprozesse in Gang gesetzt werden. Kurz: Hier geht es nicht um ein mechanistisches Modell, sondern um einen Prozess, der die Entwicklung der Beteiligten und ihrer Sozialfähigkeiten möglich macht.

Ethisches Handeln kann der Wirtschaft nicht von außen eingepflegt werden, sondern muss in ihr selber wachsen können. Erst dann werden die Kräfte des objektiven Altruismus, die rein wirtschaftlich in der modernen Arbeitsteilung angelegt sind, wirklich freigesetzt werden. Die gelegentlich zu hörende Auffassung, ein solcher dritter Weg werde nur dem Markt- und dem Staatsversagen noch das Assoziationsversagen hinzufügen, ist nicht wirklich sachgemäß. Mit Sicherheit werden auch in einer

assoziativen Wirtschaft Fehler gemacht, besteht die Gefahr, dass Macht ausgeübt wird. Es gibt aber auch die begründete Hoffnung, dass solche Fehlentwicklungen korrigiert werden, weil wirkliche Begegnung stattfindet, Lernen erfolgt und damit unverzichtbare soziale Lernprozesse ermöglicht werden.

Bildung und Arbeitsweise assoziativ-kooperativer Organe in der Wirtschaft

Voraussetzung für eine bewusste Beeinflussung wirtschaftlicher Prozesse

Udo Herrmannstorfer

„Individualisierung“ ist das Hauptthema unseres Zeitalters. Damit einher geht die große Frage nach dem Zusammenhang des Menschen mit der Welt. Denn sich zu individualisieren heißt, auf Distanz zu gehen, sich in sich selbst zu zentrieren und damit tendenziell zu isolieren. Dieser Verlust an Zusammenhang zeigt sich zum einen deutlich im Hinblick auf die geistige Welt – womit die Individualisierung an sich im Kern gefährdet ist, da Individualität letztlich nur geistig erfasst werden kann. Die Philosophie der Freiheit versucht aufzuzeigen, dass unser Wahrnehmungs- und unser Denkvermögen ein Erbe sind aus der Zeit vor der Isolation von der geistigen Welt. Über den Ariadnefaden des Denkens, das den Geistgehalt der Wahrnehmungen zur Erscheinung bringen kann, können wir den Zusammenhang wiederfinden.

Die andere Seite des Verlustes an Zusammenhang zeigt sich in der verlorenen Beziehung zum Sozialen, zu den Mitmenschen. Der Nationalökonomische Kurs erläutert, wie die Fremdversorgungswirtschaft, die sich im gleichen Zeitalter herausbildete, zugleich Herausforderung und Möglichkeit für soziale Kooperation sein kann.

Der Mainstream der Philosophie und Ökonomie hat gegenüber diesen beiden Herausforderungen der Moderne, der geistigen und der sozialen, kapituliert: Die Philosophie hat sich in einem Agnostizismus Kant'scher Prägung eingerichtet und erklärt das Wesen der Dinge für unerkennbar. Die Ökonomie bleibt im Vorfeld der Frage nach dem Anderen stehen und hat es sich dort bequem gemacht. Nicht wirklich nach dem Anderen zu fragen, ist der Kern des marktwirtschaftlichen Modells. In der Praxis läuft es natürlich nie ganz so wie im Modell. Diesem Modell nach brauche ich die anderen nicht – ich muss nur auf den Preis schauen. Der Rest geschieht von selbst, er entzieht sich meinem Verständnis und ich muss ihn auch nicht verstehen. Der Markt ist stumm: Gespräche finden nur punktuell statt, nie als Gespräch über das Ganze, das Wesentliche. Das ist bedrückend in einer Welt, in der sich sonst alles um Kommunikation dreht. Dass wirtschaftliche Beziehungen seitens der wirtschaftlichen Akteure selbst geordnet werden, wird

damit für unmöglich gehalten und letztere werden dadurch entmündigt. Die Frage, wie das komplexe Gefüge der Ökonomie mit Bewusstsein durchdrungen werden kann, bleibt ungelöst.

Sie ist auch nicht leicht zu lösen. Denn mit dem Normalverstand kommt man gerade einmal bis zu den Anfängen der Landwirtschaft, so R. Steiner. Wir sind gewöhnt zu definieren, im Denken fixe Grenzen zu ziehen. In der Ökonomie jedoch bewegt sich alles. Das Denken in festen Formen ist hier ein ungeeignetes Instrument. Entweder tut man damit der Wirklichkeit Gewalt an oder es geht einem das berühmte „Mühlrad im Kopf herum“. Wir tun uns schwer, in Bewegungsvorgänge einzutauchen. Wir müssen das Denken bewegter Begriffe erst erlernen. Ein Bildbegriff enthält noch die Fülle der Möglichkeiten in sich, er ist ein Urbild, das in sich noch wandlungsfähig ist. Die Menschen neigten dazu, so beklagt R. Steiner in den Kernpunkten der sozialen Frage sinngemäß, sich mehr den Tatsachen des Lebens anzupassen, statt sich an den Urgedanken des Sozialen zu orientieren und die Tatsachen ihnen gemäß zu ordnen.

Im Sozialen stehen wir immer mittendrin im Geschehen und haben keine Distanz dazu. Daher reicht hier das Definieren nicht aus, passt nicht dazu. Die Nähe zu den Themen im Sozialen erschwert die Bewusstseinsbildung. Womit wir verbunden sind, erscheint uns beim Versuch, Objektivität durch Distanz herzustellen, als etwas Subjektives. Damit verlieren wir in der Ökonomie aber gerade den Gegenstand, den wir zu verstehen versuchen. Steiners Retorten-Bild ist hier eine wichtige Hilfe. Assoziative Wirtschaft ist kein „Konzept“, das es „umzusetzen“ gälte, sondern es geht um Schritte im Leben. Warum beschäftigen wir uns überhaupt mit dem Thema? Weil wir mit den Dingen unzufrieden sind! Wer das nicht ist, hat eigentlich kein Motiv Assoziationen zu wollen. Wer aber unzufrieden ist, sollte nicht beim Klagen oder Fordern stehenbleiben, sondern müsste Initiative ergreifen und versuchen, sich mit anderen zusammenzutun. Der Wille zur Veränderung liegt allem wirtschaftlichen Assoziieren zugrunde.

Folgende Hauptelemente kommen für das Assoziieren in Betracht. (Einige dieser Elemente sind bereits in den vorausgehenden Beiträgen behandelt worden, wir können uns hier also kurz fassen.)

1) Erfahrung, selbsttätige Vernunft, objektiver Gemeinsinn

Assoziieren heißt Sich-Verbinden. Verbinden müssen sich die Betroffenen – bzw. ihre Delegierten, denn eine Assoziation kann ja keine Urversammlung aller Wirtschaftsteilnehmer sein. Sacherfahrung aus der wirtschaftlichen Praxis muss am runden Tisch konzentriert werden. Daher ist von vornherein auszuschließen, dass Verbandsfunktionäre das Sagen haben. Praktiker denken pragmatisch, entwickeln Lösungen und keine Wunschlisten. Sie haben das notwendige Gespür für die Realität. Was „empfundene Erfahrung“ ausmacht, kann man sich klarmachen, wenn

man bedenkt, wie eine Währungsumstellung – wie die Umstellung auf den Euro – anfänglich das Preisempfinden durcheinanderbringt.

Sacherfahrung führt zu Wirklichkeitsurteilen. Das meint Steiner mit dem Begriff der „selbsttätigen Vernunft“. Zwischen mehreren Menschen entsteht ein Bewusstsein, das umfassender ist als das eigene Bewusstsein. Der andere muss selbst sagen, wie es ihm geht. Aus Erfahrung sprechen heißt konkret sprechen. Das gelingt nur durch Begegnung, nur durch sie bildet sich Gerechtigkeitsempfinden. Wer nur sich selbst sieht, ist höchstens selbstgerecht.

Preise sind Ausdruck von Verhältnissen zwischen Menschen. Das hat schon Aristoteles begriffen. Doch sind die Verhältnisse heute nicht mehr so einfach, dass wir schlicht Tagewerk gegen Tagewerk aufrechnen können. – Was ist überhaupt heute – im Zeitalter der Teilzeitarbeit – ein Tagewerk? – Das Problem der Sozialeinkommen gab es früher so nicht, als Arbeitsunfähige noch in Kollektiven mitversorgt wurden. Diese Fragen müssen also bewusst gegriffen und bearbeitet werden. Nur in Organen, in denen sich Menschen darum kümmern, kann sich objektiver Gemeinsinn bilden – sonst bestimmt der Marktautomatismus über die Antwort.

2) Organbildung, Urgedanken

Organbildung ist also ein entscheidendes Thema für das Assoziieren. Heute sind wir an den meisten Stellen wie „organlos“ gegenüber den Prozessen, die dadurch aus dem Ruder laufen. Wir brauchen Strukturen, in denen diese Prozesse sich bewegen können. Alle Organe sind prozessorientiert. Das Herz bildet sich in der Embryonalentwicklung aus dem Kreislauf. Daher sind Organe keine „Zentralen“ für die Prozesse. Vielmehr erlauben sie Prozessen, sich selbst zu fassen. Man könnte sagen: Das Organ schaltet sich in den Prozess ein, „wahrnehmend“, ob er stimmig oder disharmonisch ist. Es „macht“ die Prozesse nicht, sondern harmonisiert und korrigiert sie, gibt Richtung. Es muss also ein „Urbild“ eines gesunden Prozesses geben, an dem die Abweichung erkennbar wird. Der Puls kann nicht interpretiert werden, wenn man den Korridor der gesunden Pulsfrequenz nicht kennt.

Am menschlichen Organismus können wir daher studieren, dass assoziative Organe keine Preisbehörden sein dürfen, sondern nur Korrekturen vornehmen sollen, die der Wirtschaft die Richtung zur gerechten Preisbildung geben. Was tun in Bezug auf den Milchpreis? Normalerweise genügt es nicht, eine Verabredung zu treffen, die Preisschilder auszuwechseln, sondern man muss ins reale Leben eingreifen, also Mengen steuern usw.

3) Wer gehört an den runden Tisch der Assoziationen?

Assoziative Organe müssen den ökonomischen Prozess abbilden, wenn das Heil des Ganzen

Maßstab ihres Handelns sein soll. Die Pole und die Zwischenstufen haben jeweils einen anderen Blickwinkel, stehen anders im Ganzen. Der Händler z.B. redet vor allem vom Umsatz, ist weder richtiger Produzent noch richtiger Endverbraucher, muss sich aber gerade deshalb in Produzenten- und Verbraucherbedürfnisse hineindenken. Dadurch hat er eine unverzichtbare Rolle im assoziativen Leben. Interessanterweise haben die meisten assoziativen Bemühungen ihren Ausgangspunkt im Handel gehabt.

Die Preisbildung im Handel ist heute völlig anders als noch in der Nachkriegszeit. Da legte der Produzent den Preis fest. Dann kamen die Rabattsysteme, schließlich die vollkommene Freigabe der Preise, was zu einer enormen Konzentration im Handel führte. Dass große Einzelhandelsunternehmen, darunter die Discounter, durch ihre effiziente Organisation und Logistik im legitimen Sinne verbilligend gewirkt haben, sei unbestritten. Sie haben aber auch ihre enorme Marktmacht gebraucht, um Profit durch Druckausübung zu generieren. Die großen Möglichkeiten z.B. in der Schweiz, wo mit Migros und Coop zwei genossenschaftliche Unternehmen ohne kapitalistischen Hintergrund 80% des Einzelhandels stellen, wurden bisher nicht wirklich im Sinne von kooperativer Wirtschaft genutzt.

Nun zu den Verbrauchern. Sie mit an den runden Tisch zu holen, mag zwar anfänglich nicht überall gelingen, ist aber letztlich von entscheidender Bedeutung – weil nur so praktisch klargemacht werden kann, dass Assoziationen keine Veranstaltungen zur Interessenbündelung sind, sondern dass ihre Aufgabe der Interessenausgleich ist. Das ist strukturell dadurch gesichert, dass alle Interessensgruppen am runden Tisch eine Stimme haben. Es ist auch deshalb lebenswichtig, weil die Kartellbehörden aus ihrer Denkweise heraus nicht differenzieren und bei jeder Verabredung von vornherein schoflige Absichten unterstellen.

Auch fehlende Legitimation der Konsumenten ist wenig geeignet, den Kartellverdacht zu entkräften. Am Anfang mag man froh sein, überhaupt Konsumenten in die Arbeit einbeziehen zu können, letztlich sollten es aber Delegierte von starken Verbraucherorganisationen sein. Gewisse Kinderkrankheiten des assoziativen Lebens sollten inzwischen überwunden sein. Assoziativ wirtschaften heißt weder, jeden dritten Tag im Laden einen verbindlichen Bestellzettel abzugeben noch als einzelner Verbraucher dem Händler die Form der Verschlüsse von Mayonnaise-Tuben zu diktieren. In der Praxis kann das Bild des Einzelhändlers von den Verbraucherwünschen insgesamt nämlich durchaus repräsentativer sein als das einzelner Konsumenten. Durch assoziative Organbildung werden Verbraucher Mitgestalter und Mitverantwortliche, während sie in der konventionellen Verbraucherarbeit eher auf die Rolle von Schutzobjekten reduziert werden, die allenfalls Forderungen artikulieren können.

Viele Fragen des Assoziierens werden sich in der Praxis klären, z.B. der richtige Rhythmus von Treffen – der nebenbei bemerkt in verschiedenen

Branchen und Regionen unterschiedlich sein dürfte –, Fragen des Gesprächstils, der Moderation usw. Ohne Assoziationen werden Unternehmer, die aus sachlichen Gründen kooperieren wollen, in Richtung Fusion gedrängt, was zu verstärkter Eigentums- und Marktmacht führen muss.

4) Vertraglichkeit als Charakteristikum

Wenn Assoziationen nicht unverbindliche Gesprächsforen bleiben wollen, sind sie notwendigerweise Vertragsorgane, in denen man verbindliche Vereinbarungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit schließt. Solche Vereinbarungen sind etwas anderes als Kaufverträge, die immer nur punktuell sind, sie sind Zusammenarbeitsverträge.

Diese sind so zu denken, dass man einen Weg zusammengeht. Es wird mehr ein Korridor definiert, als der Einzelfall geregelt. Es ist kontraproduktiv, wenn in der Wertschöpfungskette Einzelhändler und Großhändler, dieser mit dem Verarbeiter und jener mit dem Produzenten, jeden Tag neu um den Preis feilschen und der Endverbraucher „Geiz ist geil“ praktiziert. Zum Schluss geht es doch um den einen Endpreis, der sich auf alle Stufen aufteilt. Wenn man dafür Leitplanken gesetzt hat, kann man darauf verzichten, alles vorzudefinieren. Dann sind größere Rhythmen und größere Gesichtspunkte angemessen.

5) Finanzierung, Haftung

Auch zur Lösung von Finanzierungsfragen können assoziative Organe beitragen. Kreditentscheidungen isoliert in Bezug auf ein Einzelunternehmen zu treffen, ist im Grund schwieriger, als Zusammenhänge zu finanzieren. Die Banken werden immer mehr darauf angewiesen sein, andere Sicherungsformen zu suchen als die bisher üblichen. Durch „assoziative Haftung“ entsteht erhöhte Sicherheit. Unternehmen bürgen füreinander oder helfen sich gegenseitig mit kurzfristig freier Liquidität aus. Dabei geht es nicht um Blankovollmachten. Man kann aber z.B. vereinbaren, dass bei einem Kreditausfall die Kredite aller Partner für eine bestimmte Zeit mit einem bestimmten Betrag belastet werden dürfen. Dadurch werden alle Kredite mit einer Sicherheitsklausel hinterlegt – und man ist im Notfall in der Lage, auch einmal Verluste abzuschreiben.

6) Rechnungswesen/Buchhaltung

Unser Rechnungswesen ist nicht auf Kooperation ausgerichtet. Waren früher die Buchhaltungsvorschriften noch mehr an der Frage des Ausgleichs ausgerichtet, so haben wir heute Abzugsverfahren, d.h. wir beginnen mit den Erträgen. Die entscheidende Frage lautet: „Was bleibt nach allen Abzügen aus Kapitalsicht übrig?“ Das ist über die amerikanische Börse via Dax bis in die allgemeinen Buchhaltungsvorschriften eingegangen. Bis da hinein wird den Menschen das Empfinden dafür ausgetrieben, dass

Einkommen gerechte Ertragsteile sind und keine Kosten. Und das Steuersystem sorgt dann dafür, dass allenfalls über eine Schattenrechnung der Ertragsteilungsgedanke konkret sichtbar gemacht werden kann. Wir brauchen bis in die Buchhaltung hinein Anreize und Bewusstseinshilfen, vom Ganzen her zu denken.

7) Kapitalfrage

Kapital ist verbunden mit Verfügungsrecht. Das macht Sinn, soweit Kapital ein Werkzeug ist, mit dem man in der Arbeitsteilung etwas wirtschaftlich tun kann. Wenn die Tätigen aufhören, geht es eigentlich nur um die eine Frage, wer jetzt weitermacht. Früher wurde die Nutzung und mit ihr die Verfügung über die Generationen im Erbstrom weitergegeben – als eine Art „Schenkung“. Da unser Eigentumsrecht aber heute eine Verkäuflichkeit mitbeinhaltet, tritt spätestens dann ein Problem auf, wenn die Weitergabe der Verfügung mit einem Verkauf von Unternehmen oder Unternehmensanteilen verbunden ist. Nun muss das gekaufte Unternehmen über Jahre ertragreich sein, nur um die Schuld zurückzahlen zu können – und zwar an Menschen, die mit der Nutzung gar nichts mehr zu tun haben. Jetzt überdauern Eigentumsrechte die Nutzung – dass Nicht-Nutzer profitieren, wird zum Normalfall.

Zur kooperativen Wirtschaft gehört notwendig auch die Frage: Wer verwaltet das Kapital? Wer bestimmt, wer das Unternehmen führen soll? Unternehmen, deren Eigentumsform eine einseitige Renditeorientierung erzwingen, sind zur assoziativen Zusammenarbeit – vorsichtig gesagt – nur bedingt geeignet.

Aber die Neigung, Kapital immer wieder für Wirtschaftszwecke einzusetzen und damit de facto Schenkungen zu blockieren, ist jeder Wirtschaftsform immanent. Ein Unternehmer hat nie Geld übrig, weil er immer nicht realisierte Pläne hat. Daher muss die Kapitalverwaltung so geordnet werden, dass über die wirtschaftlichen Gesichtspunkte hinaus auch soziale, kulturelle und ökologische Aspekte eine Rolle spielen.

Deshalb spricht R. Steiner von Korporationen für Kapitalverwaltung, die im Geistesleben verankert sein sollen. Ein möglicher Weg dazu ist die Kapitalverwaltung durch eine Stiftung o.ä. Generell sollte die Rolle der Aufsichtsräte neu bestimmt werden, in dem Sinne, dass sie nicht nur das Unternehmen unterstützen, sondern auch ganzheitliche Gesichtspunkte einbringen.

Preisbildung in der Differenziertheit sozialer Lebensfelder

Udo Herrmannstorfer

Beim üblichen Warenkauf ergibt sich, wie wir sahen, nur eine punktuelle Beziehung zwischen den Beteiligten. In der reinen Marktwirtschaft geht uns das Vorher und Nachher des Tauschaktes nichts an, entscheidend ist, was wir für uns mitnehmen. Alle Kräfte fließen in diesem „Point of sale“ zusammen. Wir wollen jedoch mit unserem Bewusstsein in den Prozess eintauchen, fühlen uns mitverantwortlich für die Lebenssituation der anderen. Da würde es nichts nützen, an der Kasse des Supermarkts einen 20-Euroschein zu zücken, mit der Bitte ihn innerhalb der Wertschöpfungskette gerecht zu verteilen. Der Verkäufer wäre komplett überfordert. Wir brauchen, wie wir sahen, dafür Verständigungsorgane.

Diese werden sich je nach Gegebenheiten von Branchen und Regionen im einzelnen recht unterschiedlich gestalten. Die Ökonomie mit Bewusstsein zu durchdringen, bedeutet eben auch, ihrer Differenziertheit Rechnung zu tragen. Landwirtschaft, Industrie, Geldwirtschaft usw. sind nicht dasselbe. Und wenn wir die Dreigliederung sowohl institutionell wie funktional betrachten, so ergeben sich auch wirtschaftliche Fragen in Bezug auf die Institutionen des politisch-rechtlichen und des geistig-kulturellen Lebens. Das kreative Geistesleben spielt, wie wir sahen, als Ganzes eine Konsumentenrolle in Bezug auf das gesamtwirtschaftliche Geschehen. Welchen Wertschöpfungsanteil der Staat über die Steuern erhält, ist einerseits eine politische Frage, andererseits eine Frage assoziativer Verständigung. Dieses Arrangement wird heute nur nicht richtig transparent und erfolgt weitgehend „bewusstlos“.

So stellt sich durchaus die „Preisfrage“ in den Beziehungen zwischen Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben. Daraus im Umkehrschluss zu folgern, Geistes- und Rechtsleben würden wirtschaftliche Güter und Leistungen produzieren, ist jedoch schlicht falsch – ein Fehlschluss, der Pathologien im heutigen gesellschaftlichen Leben erzeugt.

In dem Buch „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft“ schreibt R. Steiner zu diesem Thema Sätze, die auch unter seiner Anhängerschaft oft gar nicht oder nur selektiv zur Kenntnis genommen wurden: „Innerhalb des Wirtschaftsgebietes hat man es nur mit Warenwerten zu tun. Für dieses Gebiet nehmen auch die Leistungen, die entstehen aus der geistigen und der staatlichen Organisation heraus, den Warencharakter an. Was ein Lehrer an seinen Schülern leistet, ist für den Wirtschaftskreislauf Ware. Dem Lehrer werden seine individuellen Fähigkeiten ebenso wenig bezahlt wie dem Arbeiter seine Arbeitskraft. Bezahlt kann beiden nur werden, was, von ihnen ausgehend, im Wirtschaftskreislauf Ware und Waren sein kann. Wie die freie Initiative, wie

das Recht wirken sollen, damit die Ware zustande komme, das liegt ebenso außerhalb des Wirtschaftskreislaufes wie die Wirkung der Naturkräfte auf das Korneträgnis in einem segensreichen oder einem magern Jahr. Für den Wirtschaftskreislauf sind die geistige Organisation bezüglich dessen, was sie beansprucht als wirtschaftliches Erträgnis, und auch der Staat einzelne Warenproduzenten. Nur ist, was sie produzieren, innerhalb ihres eigenen Gebietes nicht Ware, sondern es wird erst Ware, wenn es von dem Wirtschaftskreislauf aufgenommen wird. Sie wirtschaften nicht in ihren eigenen Gebieten; mit dem von ihnen Geleisteten wirtschaftet die Verwaltung des Wirtschaftsorganismus.“⁹

Diese Fragen in ihrer Gesamtheit können hier nur skizziert werden, etwas ausführlicher soll jedoch die Bedeutung der „qualitativen Schichtung der Wirtschaft“ für unser Thema behandelt werden.

Ressourcen, Landwirtschaft und Industrie

Die Ökonomie ist zwischen Natur und Geist anzusiedeln (vgl. S. 9). Zur Natur zählen die Ressourcen der Erde, die Bodenschätze und die Bodenfruchtbarkeit. Ein Land, auf dessen Territorium Erdöl gefunden wird, kann binnen kurzem vom Armuts- zum Reichtumsort werden – man denke an Norwegen.¹⁰ Ein Land, das nicht über Öl verfügt, muss einen Großteil seiner wirtschaftlichen Leistungskraft allein für den Ölimport einsetzen. Das erklärt den erbitterten Streit z.B. um die Bodenschätze der Arktis, d.h. um die Frage, wie weit das Territorium von Staaten reicht. Der Zugang zu Bodenschätzen tangiert alle anderen ökonomischen Fragen. Wie mit den Ressourcen umgegangen werden soll, wird zu einer Schlüsselfrage gerechter Gestaltung im Zuge der Globalisierung.

Die Landwirtschaft entnimmt nicht einfach nur die Reichtümer der Natur. Sie trägt auch dazu bei, durch Pflege des Bodens die Fruchtbarkeit zu erhöhen. Preisfragen sind hier noch eingebettet in konkrete Gemeinschaftsformen und Lebensverhältnisse.

Das Handwerk ist teilweise mit den gegebenen Lebensverhältnissen verwoben, teilweise verselbstständig es sich ihnen gegenüber auch bereits.

In der Industrie wird diese Unabhängigkeit zu einem dominanten Faktor. Das Verhältnis zum Land wird ein ganz anderes. Die Natur wird nicht in ihrer Lebendigkeit wertgeschätzt, sondern als Standort benutzt. Eine neu entstehende Schicht industrieller Wirtschaft legt sich jetzt über alles andere und wirkt darauf zurück. D.h. auch die Landwirtschaft wird industriell gedacht und praktiziert. Sie wird damit tendenziell aus einer Veranstaltung, die sich auch der Pflege des Bodens widmete, zu einer, bei der

⁹ Kernpunkte, a.a.O., S. 130f.

¹⁰ Das gilt allerdings nur dann, wenn es nicht ausländischen Investoren und korrupten Eliten gelingt, die Vorteile daraus allein für sich zu usurpieren, wofür es Bespeile in einer ganzen Reihe von Drittweltländern gibt.

die Erde ausgebeutet wird und die Böden ruiniert werden.

Durch die Maschinerisierung entsteht ein gigantischer Wertestrom, der alle regionalen Abgrenzungen übersteigt. Dieser Güterstrom macht einen entsprechend organisierten Handel nötig. Früher war Handel etwas Zusätzliches, worüber man Gewürze und kostbare Stoffe aus fernen Ländern erlangte. Jetzt wird für die einfachsten Güter Zirkulation nötig. Heute liegen die Zirkulationskosten im Schnitt weit über den Herstellungskosten. Zirkulationskosten werden auf alle wirtschaftlichen Akteure umgelegt. Trotz des relativen hohen Anteils an Zirkulationskosten wirkt der Handel insgesamt verbilligend. Die Arbeitsteilung kann sich eben nicht auf die Produktion beschränken, wenn sie ihr Potenzial entfalten soll.

Fabriken sind nun an die Stelle von gewachsenen dörflichen Lebenszusammenhängen getreten. Jetzt erst wird Arbeit zu einem selbständigen Faktor. Was früher Teil des Lebens war, wird zu einer Ware auf dem Arbeitsmarkt, wird zu einer Kalkulationsgröße. Lohnkosten werden zu einem Konkurrenzfaktor und Armut zu einem Wettbewerbsvorteil.

In der Maschinerie wirkt die auf die Arbeit angewandte, sie zurückdrängende (Arbeit einsparende) und organisierende Kraft des Geistes. Durch „Rationalisierung“ wird es möglich, immer mehr in immer kürzerer Zeit mit immer weniger körperlicher Arbeit herzustellen. Indem räumlich-materieller und zeitlicher Aufwand gesenkt wird, entsteht tendenziell ein Freiraum – freie Zeit. An der Oberfläche ist dies nicht so einfach sichtbar, der eingesparte Wert wird ja nicht bilanziert. Das trägt dazu bei, dass die Produktivitätsgewinne in sozial hochproblematischer Weise verteilt werden und in den falschen Taschen landen. An und für sich betrachtet sind Gewinne etwas Neutrales: Sie können von Kapitaleignern privatisiert werden, können den Verbrauchern in Form von Verbilligungen zukommen, können reinvestiert oder für eine freie Schenkung verwendet werden.

Zirkulation und Geldwirtschaft

Preis ist in Geld ausgedrückter Warenwert. Mit wachsender Zirkulation schiebt sich die Geldwirtschaft über alles andere. Neben dem Handel spielen die Banken eine Schlüsselrolle. Geld scheint zunächst nur ein pfiffiges Instrument zu sein, das das Wirtschaften erleichtert – was es auch tut. Gleichzeitig bringt es etwas Problematisches mit sich. Der ökonomische Leistungsprozess verlangt eine Synchronisierung von Warenfluss und Geldfluss. Während die Waren einem natürlichen Verschleiß unterliegen, ist eine Abschreibung des Geldes in der sich jetzt entwickelnden Geldordnung nicht vorgesehen. Das Thema „alterndes Geld“ wird verdrängt und bringt sich nur katastrophisch durch hyperinflationäre Prozesse in Erinnerung. Dabei wird übersehen, dass Geld keine Ware ist, sondern der Dokumentation eines im Leistungsprozess entstandenen Rechtsanspruches dient.

Im Zuge der geschilderten Entwicklungen sind nach und nach die Quellen, aus denen sich die wirtschaftliche Güterproduktion speist, die jedoch selber keine Waren darstellen, der Ökonomie in pathologisch wirkender Weise einverleibt worden: Boden, Arbeit und Kapital wurden zu Waren gemacht, die auf den sog. Faktormärkten gehandelt werden. Die gravierenden Probleme, die dadurch für die Gesellschaft entstanden, zeigen sich am deutlichsten in der Eigentumsfrage: Eigentumsrecht wurde vielfach zu Eigentumsunrecht.

In der Landwirtschaft wurde die Bodennutzung früher durch die Weitergabe von Eigentum im Blutstrom gesichert. Allerdings mussten in diesem Kontext schon früh Kämpfe um das Bodenrecht ausgefochten werden. Heute wird der Boden im Regelfall nicht vom eingesessenen Eigentümer, sondern von einem Pächter bewirtschaftet – oder von einem neuen Eigentümer, der das Land von einer Erbengemeinschaft gekauft hat und sich dafür verschulden musste. Die Kapitalisierung des Bodens durch Schenkung zu unterlaufen ist schwierig, da ein nicht verwandter Impulsträger die höchsten Erbschaftssteuersätze zu zahlen hat. Man sieht, wie hier alte Rechtsformen an neue anstoßen.

Der Eigentumsgedanke wandelt sich mit der Entwicklung des kapitalistischen Industrialismus. Wem gehört ein Unternehmen? Ein Unternehmen ist eine Aufgabengemeinschaft. Müsste es dann aber nicht allen gehören, die diese Gemeinschaft bilden? In den Genossenschaftsbewegungen ist das auch noch teilweise der Fall, aber der Mainstream geht in eine andere Richtung. Es entstehen Gesellschaftsformen, die primär kapitalorientiert sind. Produktionsmittel sind zu einem verkäuflichen Vermögensgegenstand geworden. Die Nutzungsfrage wird von diesem Gesichtspunkt überwuchert.

Bald wurde auch mit Eigentumsanteilen an Unternehmen gehandelt, z.B. mit Aktien. Deren Bewertung löst sich tendenziell von der gegebenen Realität: Vorgestellte Zukunftsentwicklungen werden mit einberechnet, z.B. vermutete künftige Erträge. Das wirkt sich auf das Empfinden der Akteure aus. Man sieht nicht mehr primär den realwirtschaftlichen Nutzen der Unternehmenstätigkeit, sondern drängt auf eine möglichst hohe Verzinsung des eigenen „investierten Kapitals“. Auch hier kommt es zu einer unreellen Konkurrenz mit den Realwerten: Es können so Vermögen erworben werden, die mit der Realität nichts zu tun haben. Dass es sich um Luftbuchungen vorgestellter Werte handelt, wird nicht sichtbar, solange nur einzelne ihre Aktien, bzw. Aktienoptionen, Credit default swaps und wie die pfiffigen „Finanzprodukte“ alle heißen, veräußern.

Was ist in diesem Kontext noch als gerecht anzusehen? Bezugsgrößen geraten völlig durcheinander. Wie lässt sich das Preischaos entwirren? Wie lassen sich die Stellen finden, an denen die größten Preisverwirrungen ihren Ausgang nehmen? Wie können wir unterscheiden, bei welchen Operationen wir es noch mit realwirtschaftlich sinnvollen Vorgängen zu tun haben – z.B. Ausschluss von Wechselkursrisiken

bei Auslandsgeschäften durch eine Währungsoption – und wo mit zerstörerischem Kasinokapitalismus?

In der Finanzwirtschaft „wirkt Geist in der Ökonomie“, allerdings oft kein guter, sondern einer, dem nur die Rendite heilig ist. Die großen Vermögen sind in den letzten Jahren immer weiter angestiegen. Auf der Jagd nach Rendite suchen die Vermögenden nach Anlagemöglichkeiten. So kommt es, wie R. Steiner bemerkt, zu einer Stauung von Kapital in Grund und Boden. Selbst Kunstwerke sind heute Objekte spekulativer Investition. Die Gier auf Rendite sprengt die Grenzen der Realität, also versucht man eine virtuelle Realität zu schaffen und immer neue Finanzprodukte zu ersinnen. Diese Investitionen in Scheinwerte chaotisieren den Gesamtprozess immer mehr.

Wohin mit dem „Mehr“?

Wohin mit dem „Mehr“? Das ist heute die große Frage. Und die einzige Antwort, der einzige Ausweg, lautet: Er muss verbraucht werden! Bei Waren ist jedem klar, dass ihre Bestimmung im Verbrauch liegt. Warum sollte das beim Kapital anders sein?

Wir müssen differenzieren lernen, dass die maximale Steigerung von Produktivität, die für die industrielle Entwicklung richtig war, nur auf diesem Sektor gilt – allerdings mit der Einschränkung, dass die Produktivitätsgewinne richtig verteilt werden müssen. In Bezug auf die Landwirtschaft müssen wir auch nach den zur Gesundheit von Erde und Mensch notwendigen Grenzen der Produktivitätssteigerung fragen. Müssen wir wirklich Kühe züchten, die 10.000 Liter Milch geben? Reichen 5.000 Liter nicht endlich?

Vor allen Dingen müssen wir lernen, dass der im Wirtschaftsleben wirkende organisierende Geist nicht die von ihm generierten Zurückdrängungswerte für sich allein beanspruchen darf, sodass aller Überschuss am Kapital kleben bleibt wie an einer Leimrute. Die Wirtschaft darf nur erzeugen, was wirklich gebraucht wird. Materielles Wachstum um jeden Preis macht krank. Wertaufbau bewirkt ohne Wertabbau einen zerstörerischen Stau.

Während man den organisierenden Geist in seinem Wirken wertschätzt, wird der kreative freie Geist unterschätzt und zu wenig wahrgenommen. Das freie Geistesleben, der Bereich der Entwicklung der menschlichen Wesenskräfte, ist deshalb tendenziell unterfinanziert. Dabei läge gerade hier des Rätsels Lösung: Überschüsse, die als Schenkung in diese Sphäre fließen und dort zu Einkommen der Kulturarbeiter werden, werden im Wesentlichen nicht investiert, sondern konsumiert und wirken deshalb entstauend.

Heute ist es üblich, dass Unternehmer alles, was in einem Unternehmen geleistet wird, sich als unternehmerische Leistung selbst zuzurechnen. Dabei sind daran nicht nur alle Mitarbeiter beteiligt, vor allem steckt darin auch das ganze vergangene Kulturleben mit dem von ihm akkumulierten Wissen, das heute frei zur Verfügung steht und unmittelbar

an der Wertbildung mitwirkt. Kultur ist eine Quelle höchster Produktivität. Und so wie das vergangene Geistesleben das heutige Wirtschaftsleben bedingt und mitträgt, so muss das heutige Wirtschaftsleben das gegenwärtige Geistesleben mittragen. Nur so wird zukünftige materielle Produktivität ermöglicht.

Übertragungswerte ermöglichen geistige Produktion

Unter dem Gesichtspunkt der Wert- und Preisbildung ist anzumerken, dass in Bezug auf das Geistesleben eine Werteteilung stattfindet: Einkommen, die aus der Kombination von W1- und W2-Prozessen entstehen, werden mit den „reinen Konsumenten“ geteilt, indem dieser Teilbetrag an sie übertragen und somit entstaut und freigegeben wird. Dieser Einkommensteilungsprozess macht die Tätigkeit von Lehrern, Künstlern usw. möglich und mit ihr die Entstehung von nicht-ökonomischen Werten. [Man könnte diesen Vorgang, wie Michael Ross in einem Vortrag im Vorjahr am gleichen Ort ausführlich dargestellt hat, als W3-Prozess bezeichnen.]¹¹

Die geschilderte „entstauende“ Einkommensteilung ist dem Wesen nach eine Schenkung. Sie kann individuell oder institutionell erfolgen. Wenn ich ein Bild erwerbe, wird meistens das Erstere der Fall sein. Bei der Finanzierung von Schulen wird es institutionelle Lösungen geben müssen, da das Recht auf Bildung ein von der Allgemeinheit zu gewährleistendes Menschenrecht darstellt. Heute kennen wir fast nur die Steuer als eine solche institutionelle Form, die man auch als „Zwangsschenkungen“ (R. Steiner) bezeichnen kann. Sie krankt daran, dass damit eine starke Tendenz des Staates einhergeht, inhaltlich, und nicht nur im Sinne einer Rechtsaufsicht in den Kultur- und Bildungsbereich einzugreifen. Würde man Bildung über zweckgebundene Einkommensanteile wie Bildungsgutscheine finanzieren, wäre die Lenkung des Geldstroms eindeutiger den Menschen selbst überlassen – es wäre mehr Freiheit erlebbar, auch wenn die Mittel weiterhin durch Steuern aufgebracht würden.

All diese Überlegungen zeigen, dass die Preisfrage nicht eindimensional ist und deshalb allseitig betrachtet werden muss.

¹¹ Vgl. Michael Ross: Wertbildende Bewegungen und wertbildende Spannungen – Was ist wirklich wertvoll? In: Sozialimpulse 4/2012, S. 8 – 15, S. 10.

Fair & regional Bio Berlin-Brandenburg

Beispiel Märkischer Wirtschaftsverbund e.V.

Eine Initiative von Bio-Betrieben aus Berlin-Brandenburg

Nach gründlicher Vorarbeit fanden sich am 7. Juni 2012 die Vertreter der fair & regional Initiative und des Märkischen Wirtschaftsverbund e.V. bei Terra Naturkost in Berlin ein, um ihren Zusammenschluss zu besiegeln.

Mit der Aufnahme von fair & regional in den Märkischen Wirtschaftsverbund e.V. wurde dieser nach langjährigem Schlummern wiederbelebt und ein geeigneter Rechtsträger für das fair & regional Warenzeichen gefunden.

Der Märkische Wirtschaftsverbund, ein assoziativer Zusammenschluss in Berlin-Brandenburg kooperierender Wirtschaftsunternehmen, wurde bereits 1992 gegründet und feierte 2012 sein 20jähriges Bestehen.

Sieben Grundsätze sind in der fair & regional Charta festgehalten und zeugen vom Streben engagierter Bauern, Gärtner, Verarbeiter und Händler für eine ökologisch verträgliche und sozial verantwortliche Lebensmittelwirtschaft in Berlin-Brandenburg.

Die Bemühungen zielen auf eine immer bessere, vielfältigere Versorgung der Region mit gesunden, frischen Lebensmitteln aus ökologischer Erzeugung. Alle Beteiligten wollen konsequent auf umweltfreundliche Herstellung und Verpackung, kurze Transportwege und faire Preise für alle Beteiligten achten.

In regelmäßig stattfindenden Fachforen werden diese Kriterien abgefragt, ausgetauscht und bestätigt. Erzeuger, die bestätigt wurden, können das fair & regional Zeichen auf ihren Produkten nutzen oder als Partnerbetrieb mit dem Logo werben. Mit der Auszeichnung profilieren sich Unternehmen als regionale, faire und ökologisch bewusste Partner.

Je mehr Menschen sich bewusst an dieser Entwicklung beteiligen, umso lebendiger werden Landwirtschaft und Ernährung, aber auch unser Blick für die bildenden und aufbauenden Kräfte unserer Gesellschaft.

Märkischer Wirtschaftsverbund e.V., Hauptstraße 43 A | 15374 Müncheberg OT Eggersdorf, Telefon 033432-72214 | Fax 033432-72213, E-Mail: info@fair-regional.de

fair & regional Charta

Fair handeln: Unser Ziel ist ein faires Handeln in wirtschaftlicher Gegenseitigkeit auf dem gesamten Weg, den Lebensmittel vom Acker bis zum Teller zurücklegen.

Regional arbeiten: Die Mitglieder von fair & regional haben ihren wirtschaftlichen Mittelpunkt in der Region Berlin-Brandenburg. Sie erzeugen, verarbeiten, kaufen und verkaufen ihre Waren nach Möglichkeit in dieser Region.

Handeln und vermarkten: Die fair & regional Mitglieder versorgen den Verbraucher mit ökologischen und regionalen Produkten und Dienstleistungen unter der Maßgabe von fairen und gerechten Preisen in der gesamten Wertschöpfungskette (Produktion, Logistik, Verarbeitung und Handel).

Nachhaltiges Wirtschaften: Die Wirtschaftsbeziehungen der fair & regional Mitglieder sind auf Verlässlichkeit und Langfristigkeit ausgerichtet. In regelmäßigen Fachforen (z.B. Milch, Gemüse, Getreide) wird das regionale Warenangebot auf den regionalen Bedarf angepasst.

Transparent handeln: Die fair & regional Mitglieder legen auf Anfrage in den jeweiligen Fachforen relevante Waren- und Informationsflüsse (Teilnehmer, Herkunft, Mengen, Kosten) offen und kommunizieren ihre Leistungen und Aktivitäten (Gemeinwohl, Umwelt, Wirtschaftsbeziehungen) in geeigneter Form nach außen.

Solidarisch handeln: Sollte die Liefer- und Leistungsfähigkeit eines Mitgliedes aufgrund widriger Umstände (Ernte, Klima etc.) eingeschränkt sein, sind die Mitglieder bestrebt, eine solidarische Ausgleichsregelung zu finden.

Umweltgerecht handeln: Die fair & regional Mitglieder verpflichten sich zu einem ressourcenschonenden und verantwortungsvollen Umgang mit der Natur durch ökologischen Landbau und möglichst energiesparende Betriebsmittel (z.B. natürliche Verpackungsmaterialien).

fair & regional Mitglieder

Apfeltraum Feldbau | Assekuranzkontor | Bauerngut Templin | Bäckerei Vollkern Bäckerei | Weichardt | Bio Company | Biogarten UG | Biogärtnerei Watzkendorf | Biohof Hochfeld | Bio-Konditorei Tillmann | Gärtnerei Libbenichen | Gärtnerei Staudenmüller | Gut Peetzig | Gut Wilmersdorf | Hof Marienhöhe | Hof Rittgarten | Institut für soziale Dreigliederung | Jahnsfelder Landhof | Kleehof | Landgut Pretschen | Märkisches Landbrot | Melchhof | Midgard Naturkost | Ökodorf Brodowin | Sonja Moor Landbau | Sprossenmanufaktur | Terra Naturkost | Thönes Natur | Timm-Riediger GbR | Wulkower Hof

Weitere Informationen unter: www.fair-regional.de, Märkischer Wirtschaftsverbund e.V., Hauptstraße 43 A | 15374 Müncheberg OT Eggersdorf, Telefon 033432-72214 | Fax 033432-72213, E-Mail: info@fair-regional.de, verantwortlich für den Inhalt ist MÄRKISCHES LANDBROT GmbH.